

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

7

„Die Menschheit wird auch diese Krisen meistern“

14

„Hochqualifizierte gehen nicht nach Österreich“

23

Hartmanns „Opus magnum“ zur Geschichte des CV

ABSCHREIBEN, DURCHSCHUMMELN, AUGENZWINKERN

Haben unsere Unis ein Redlichkeitsproblem?

ABSCHREIBEN, DURCHSCHUMMELN, AUGENZWINKERN

PLAGIAT

pizuttpics – stock.adobe.com

4

**MAN JAGT DEN JÄGER
UND IGNORIERT DAS PROBLEM**

Wilhelm Ortmayr

7

**MIT RATIONALITÄT UND
OPTIMISMUS DIE GLOBALEN
KRISEN MEISTERN**

Günther Ofner

10

**WASSERSTOFF AUS PELLETS –
SICHER, ÜBERALL
UND JEDERZEIT**

Michael Sikora

14

**„WER ÜBERALL ARBEIT FINDET,
GEHT NICHT
NACH ÖSTERREICH.“**

Wolfram Kreipl

17

**DER FALL ZADIC
UND DIE REDLICHKEIT DER
WISSENSCHAFT**

Herbert Kaspar

18

**ENTFERNEN STATT KIPPEN!
ÜBER DAS MESSEN MIT
ZWEIERLEI MASS**

Rudolf Öller

20

**GLEICHE KULTUR,
ANDERE THEOLOGIE?**

Gerhard Jandl

23

**DAS OPUS MAGNUM
DER CV-GESCHICHTE**

Helmut Wohnout

27

ES IST NICHT NUR EUER BIER

Wilhelm Ortmayr

28

REZENSIONEN

30

LESERBRIEFE

Ein Jahr ACADEMIA um 20 Euro

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 20 Euro (im Inland) und kann per E-Mail an academia@oeuv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

OFFENLEGUNG

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV)

Unternehmensgegenstand: Laut §2(1) der ÖCV-Statuten: „Der Verein hat den Zweck, die Allgemeinheit auf geistigem, kulturellem und sittlichem Gebiet, insbesondere auf den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft, der Volksbildung, der Erziehung, der Heimatkunde und der Heimatpflege, ferner bei der praktischen Betätigung, der katholischen Weltanschauung und der vaterländischen österreichischen Gesinnung zu fördern. Parteipolitisch ist der ÖCV nicht gebunden.“

Vorstand: Adolf Leitner, Lukas Veitschegger, Helmut Vinatzer, Michael Wöllert, Karl Wolfgang Schrammel, Michael Gareis

Grundlegende Richtung: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Religion und Kultur auf der Grundlage der in den ÖCV-Statuten angegebenen Ziele

LIEBE LESER!

Man stelle sich vor: Gerichte fungieren für ihre eigenen Urteile als Berufungsinstanz, Beamte entscheiden über die Einsprüche gegen Bescheide aus ihrer Feder. In einem modernen Rechtsstaat völlig undenkbar. Doch an den Unis und FH in Österreich ist genau das Normalität. Dieselbe Uni, die ein Plagiat (und damit die schlampige Arbeit eines Professors) vor Jahren durchgehen ließ, begutachtet die Arbeit neuerlich, wenn Plagiatsvorwürfe erhoben werden. Ein völlig unhaltbarer Zustand, kritisiert „Plagiatsjäger“ Stefan Weber, der im *Academia*-Interview Kritik an der wissenschaftlichen Redlichkeit in Österreich und am fehlenden Problembewusstsein – bis hinauf zum Minister – übt.

Danach beschäftigen uns ein weiteres Mal Klimawandel und Energiewende. „Kein Grund zur Panik“, meint Top-Manager Günther Ofner

(Walth, A-F): Die Menschheit sei kreativ, anpassungsfähig und schlau – sie werde die Krise meistern, wenn sie nicht in Panik verfallt, sagt Ofner. Als schönes Fallbeispiel für technologische Kreativität präsentiert daraufhin Michael Sikora (Baj), wie Wasserstoff als „Speicher“ uns unabhängig von den großen Netzen machen kann, indem er jene Produktionsschwankungen ausgleicht, die Wasser, Wind und Sonne als Energielieferanten immanent sind.

Dass bei der „qualifizierten“ Migration politische Sonntagsreden und tägliche Realität meilenweit auseinanderliegen, belegt der in Migrationsfragen firmen Anwalt Alexander Raidl (Merc), den Wolfram Kreipl (Vi) interviewt hat. Im Anschluss beschreibt Rudolf Öller (Rp, Alp), wie gut Österreichs Linke im Messen mit zweierlei Maß ist, indem sie einem Psy-

chopathen und Massenmörder huldigt, das Luegerdenkmal aber abreißen möchte.

Noch nie hat die *Academia* einer Buchbesprechung vier Seiten gewidmet. Im Fall von Gerhard Hartmanns (Baj, Ca, Cl) „Treu zu Gott und Vaterland“, der neuerschienenen Geschichte des CV in Österreich, tut sie gut daran und freut sich, dass kein Geringerer als Helmut Wohnout (Nc) das „opus magnum“ Hartmanns unter die Lupe genommen und zusammengefasst hat.

Davor noch wirft Gerhard Jandl (Kb) einen interessanten Blick auf den Status Quo der Ökumene – ein „Produkt“ seines postgradualen Theologiestudiums, mit dem er die Zeit der Pandemie-Lockdowns produktiv nützte. Für seinen großen Einsatz als *Academia*-Herausgeber während der vergangenen sechs Jahre, und dafür, wie er die



Verantwortung für dieses Medium getragen und die *Academia* mitgestaltet hat, danke ich ihm sehr. Ihm nun nachzufolgen, erfüllt mich mit Freude.

Allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer,

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 4/2023 (Juli).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Chefredakteur Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Gerhard Jandl, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann, Wolfram Kreipl, Josef Schuster.

Layout: Stephanie Pirker-Seiler. **Verlagsleitung:** Wilhelm Ortmayr. **Redaktionsmanagement:** Clemens Mayer.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22–31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): *Academia*-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay.

Cover: Adobe Stock. **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 20,00/Jahr (Inland, Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lippa, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 6.7.2023.

MAN JAGT DEN JÄGER UND IGNORIERT DAS PROBLEM

Er gilt als hartnäckig und stur, als hochbegabt, aber bisweilen etwas schwierig. Seine Gegner unterstellen ihm gar Geltungssucht und Willkür, vor allem aber politische Motive. „Plagiatsjäger“ Stefan Weber selbst sieht sich als kompromisslosen Kämpfer für wissenschaftliche Redlichkeit, wie er *Academia*-Chefredakteur Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW) im Interview erklärte.

WILHELM ORTMAYR



*Wie wird man „Plagiatsjäger“?
Was hat Sie dazu veranlasst?
Wie ist diese „Profession“
entstanden?*

Man wird „Plagiatsjäger“ zunächst aufgrund von eigener Betroffenheit. Meine Dissertation aus dem Jahr 1996 wurde bislang von vier Personen plagiiert. Ein Deutscher und ein Österreicher verloren

deshalb ihre akademischen Grade. So begann ich ab 2002, mich in das Thema Plagiat und gute wissenschaftliche Praxis zu vertiefen. Und natürlich ist der Beruf auch aus einer finanziellen Not heraus entstanden. Für einen Job an den heimischen Universitäten scheine ich zu schnell, zu sorgfältig und zu kreativ zu arbeiten. Das mag jetzt un-

glaublich arrogant klingen, ist aber meine bisherige Lebenserfahrung. Das sind die drei Killer-Eigenschaften, die zumindest in meinem Fach sofort Gegner mobilisieren. Ich habe an Universitäten wiederholt Menschen in Leitungsfunktionen erlebt, die ihren Computer nicht selbst bedienen konnten oder nicht imstande waren, einen feh-

lerfreien deutschen Satz zu schreiben. Solche Personen verschreckt meine Arbeitsweise völlig.

*Wer sind Ihre Auftraggeber?
Was ist ihre Intention?*

Natürlich geht es meinen Auftraggebern nur selten um die gute wissenschaftliche Praxis, sondern um die Frage,

ob eine Person „sauber“ ist und dies eben aufgehängt an den akademischen Meriten. Die Sache hat also immer zwei Seiten: Die Motive der Auftraggeber mögen nicht trügerisch sein. Aber wenn tatsächlich Plagiate gefunden werden, müssen die Motive der Auftraggeber doch vom Sachverhalt des Plagiats getrennt werden! Das war bis vor einigen Jahren auch weitgehend klar. Leider verlagert sich die veröffentlichte Meinung immer mehr in die Richtung, dass die Plagiatoren die armen „Opfer“ des bösen Jägers sind, so Annaliese Rohrer in einem dämlichen Kommentar in der „Presse“. Dabei ist es genau umgekehrt!

Gibt es immer Auftraggeber oder werden Sie auch von selbst aus tätig? Falls ja, in welchen Fällen?

Die „Plagiatsjagd“ ist für mich, siehe oben, sowohl wissenschaftliche Leidenschaft als auch Geschäftsmodell. Ich prüfe immer wieder unbezahlt Dissertationen, etwa zuletzt jene der tschechischen Präsidentschaftskandidatin. Oder ich werde für die Überprüfung der

Dissertation eines bestimmten Wissenschaftlers bezahlt und überprüfe dann aus Neugierde unbezahlt weitere Veröffentlichungen derselben Person. Politiker wie Aschbacher, Raab oder Karner habe ich allesamt ohne Auftrag überprüft. Das ist das Los des Idealisten und Kämpfers für eine andere akademische Welt. Es ist auch ein bisschen Sucht. Ich bin ja gewerbrechtlich betrachtet ein Detektiv. Schnüffeln ist also Leidenschaft und Einnahmequelle gleichzeitig.

Wie hoch ist der politische Druck, egal von welcher Seite, Sie einzubremsen? Welche Methoden werden angewandt?

Schon 2007 sagte man mir: Jetzt, nachdem ich Wissenschaftsminister Hahn des Plagiats überführt hatte, darf ich mir nichts mehr erwarten. Nun, es gibt mich immer noch. Aber die „Message Control“ und die gezielte Demontage meiner Person und Tätigkeit haben Ende 2022 eine neue Dimension angenommen. Es wurde seitens der Politik bewusst und mutwillig eine jahrelange Aufbauarbeit in Sachen guter wissenschaftlicher Praxis



Stefan Weber / Joachim Bergauer

Stefan Weber, geboren 1970 in Salzburg. Habilitationsschrift „Subjekt – Medium – Wirklichkeit“ an der Universität Wien 2005, Dissertation „Konstruktivismus, Neurophilosophie und Medientheorie“ an der Universität Salzburg bei Peter A. Bruck 1996.

Jüngste Bücher: „Radikaler Lingualismus“ (Velbrück, 2022) und „Roboterjournalismus, Chatbots und Co.“ (Telepolis, 2018). 2023 erscheint „Die Simulation von Wissenschaft“ im LIT-Verlag.

in der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (ÖFG) und an der TU Wien vernichtet. Ich habe das bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften angezeigt und es wird auch Rechtsfolgen haben. Ich lasse mir das nicht mehr gefallen. 2007, nach dem Fall Hahn, hatte ich das Glück, wegen einer Familiengründung nach Deutschland zu gehen. Nun sieht das anders aus.

Man hat den Eindruck, Sie würden primär schwarztürkische Politiker „jagen“. Stimmt das?

Nun, ich „jage“ ja keine Menschen, sondern überprüfe Abschlussarbeiten, die öffentlich zugänglich sind. Und die derzeitige Regierung ist halt türkis-grün, also standen zuletzt die Arbeiten von Aschbacher, Brunner (AIn), Karner, Raab oder Zadić im

Ihr NOTAR in Ihrer Nähe bietet mit seiner NOTARTREUHANDBANK AG bewährte QUALITÄT und SICHERHEIT

Unsere Vorteile:

- Sicherheit für den Klienten
- Sicherheit für die notarielle Abwicklung
- Hohe EDV-Sicherheit

Das Vertrauen geht auf unser Konto






www.notar.at

Fokus. Ich habe in der Vergangenheit aber auch die Diplomarbeiten von Christian Kern und Thomas Drozda überprüft sowie die Dissertationen von Michael Ludwig

nicht. Bei vielen Arbeiten, die ich überprüfe, sieht man klare Zitierprobleme schon ohne Software-Einsatz. Warum lassen die Betreuer das durchgehen?

„Die Parteifarbe spielt bei meinen Überlegungen überhaupt keine Rolle. Es geht mir ums Plagiat, nicht um Parteipolitik.“

und Peter Kaiser. Die Parteifarbe spielt bei meinen Überlegungen überhaupt keine Rolle. Es geht mir ums Plagiat, nicht um Parteipolitik.

Will man dabei auch die Unis schützen, sprich ein System des augenzwinkernden Durchwinkens, oder geht es primär um die Personen, die man schützen will, in dem Fall Politiker?

Beides. Man hat offenbar bis heute nicht verstanden oder will nicht wahrhaben, dass das Plagiat ein Bildungsproblem und nicht ein Imageproblem der Universitäten oder der Wissenschaftslandschaft ist. Wenn man Vertrauen in die Wissenschaft stärken will, bedarf es nicht nur einschmeichelnder Reden mit breitem Grinsen oder eines Nobelpreisträgers. Man muss das auch im Alltag leben: GWP-Einführungskurse, Softwareprüfung, ein stringentes Universitätsgesetz. Aber das spielt kaum eine Rolle. Die Sache mit dem Durchwinken verstehe ich überhaupt

Wo sehen Sie systemisches Versagen an unseren Unis und FH? Worin äußert es sich?

Das ist ganz klar zu benennen. Schon vor Jahren hat die Ombudsstelle für Studierende gefordert: Machen wir verpflichtende Einführungsvorlesungen zu „guter wissenschaftlicher Praxis“ und zum Zitieren in allen Studienrichtungen. Da hat sich bisher fast nichts getan. Dagegen werden etwa die Wiener Publizistik-Studierenden schon zu Studienbeginn mit einem Pflichtfach mit Gender-Schwerpunkt beglückt. Dann ist z.B. Deutschland bei den eidesstattlichen Versicherungen mittlerweile Österreich weit voraus. Drittens gibt es eine weit verbreitete Technika-version. Man will einfach die Software Turnitin nicht verwenden, die längst so wichtig ist wie das „Pickerl“ beim Auto.

Dass in Österreich allein die betroffenen Unis selbst begutachten, ob sie Jahre zuvor ein Plagiat haben

durchgehen lassen, sorgt europaweit für Kopfschütteln. Welche Reformen halten Sie für notwendig?

Das ganze Verfahren müsste sich ändern. Bei Plagiatsgutachten sollten externe Gutachter mit ihren Namen für die Gutachten einstehen. Ich könnte Ihnen von Gutachten berichten, die beginnen mit den Worten „Ich habe keine Expertise in Sachen Plagiatsprüfung“, „Die Prüfung haben meine Assistenten gemacht“ etc. Nun, der Gutachter muss sich ja nicht in der Öffentlichkeit hinstellen. Allzu oft wurden so Plagiate kleingeredet oder kleingeschrieben.

Es gibt also keine wachsende Sensibilität für wissenschaftliche Redlichkeit?

Im Gegenteil. Die Fehlerkultur nimmt in Österreich sogar eindeutig ab. In den ersten Jahren meiner Tätigkeit gab es immer wieder Konsequenzen wie etwa strengere Kontrollen und auch ein Dutzend Titelaberkennungen. In den vergangenen Jahren geht der Zug vehement in die andere Richtung: Nicht das Plagiatsproblem muss eliminiert werden, sondern der Plagiatsjäger. Dabei gäbe so viele Möglichkeiten der Sanktionierung, die ich allesamt immer wieder ans Ministerium heran-

getragen habe: Exmatrikulationen, Geldstrafen, einen Straftatbestand Hochschulkorruption. Unsere herrschende akademische Ideologie verbietet generell die Idee der „Bestrafung“. Das ist ein falscher Ansatz im Zeitalter des Internets und der KI-Chatbots.

Doch das Thema scheint fast allen egal zu sein. Eine empirische Befragung, wen das wirklich juckt, wäre einmal sehr aufschlussreich. Aber dann bitte ohne „Message Control“ durch das Ministerium.

Welche sind die besonders schweren Fälle? Oder anders gefragt: War die Zadić-Arbeit wirklich um so viel redlicher als die Aschbacher-Werke?

Es gibt natürlich Formen und Abstufungen des Plagiats. Die Aschbacher-Diss verhält sich zur Zadić-Diss wie die Schavan-Diss zur Lammert-Diss. Wenn man ganz genau hinschaut, sieht man eben auch das Muster des Abkupferns bei Lammert wie bei Zadić. Und was wäre Wissenschaft, wenn nicht ganz genaues Hinschauen? (Anm.: Der ehemaligen deutschen Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) wurde ihr Dokortitel aberkannt, Ex-Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) kam mit „vermeidbaren Schwächen in den Zitationen“ davon.)

„Nicht das Plagiatsproblem muss eliminiert werden, sondern der Plagiatsjäger.“

MIT RATIONALITÄT UND OPTIMISMUS DIE GLOBALEN KRISEN MEISTERN

Nie zuvor verfügte die Menschheit über mehr Mittel und Fähigkeiten, ihre großen Probleme und Herausforderungen zu meistern. Auch wenn diese heute übergroß und die Schwierigkeiten gewaltig groß erscheinen mögen, sollten die Entwicklungserfolge der menschlichen Zivilisation doch das Vertrauen in unsere Problemlösungsfähigkeit stärken. Wir haben allen Grund zu Optimismus.

GÜNTHER OFNER



24November - stock.adobe.com

Die globale Lebenserwartung ist allein seit 1960 um etwa 19 Jahre auf 72 gestiegen und mehr als drei Milliarden Menschen sind aus bitterster Armut zu bescheidenem Wohlstand gekommen. Egal ob Säuglingssterblichkeit, Hunger, Armut, Tote durch Naturkatastrophen, Überbevölkerung, Alphabetisierung, Zugang zu

Bildung und medizinischer Versorgung, Umwelt- und Naturschutz – in diametralem Gegensatz zum negativen öffentlichen Meinungsbild ist weltweit bei allen Parametern eine positive Entwicklung festzustellen, abgesehen von einigen „failed states“. Eindrucksvoll hat Hans Rosling im Buch „Factfulness“ dargestellt, wie falsch vor allem

westliche Eliten in ihrer Einschätzung der Lage der Welt liegen.

Doch woher kommen diese Zukunftsängste und Endzeitfantasien?

Aufgrund unseres evolutionären Erbes nimmt unser Gehirn vermeintliche Gefahren und angstausslösende

Informationen deutlich stärker wahr als positive Nachrichten. Im Kampf um unsere Aufmerksamkeit machen sich mediale und politische „Meinungsbildner“ dies zunutze. Wir werden permanent mit Schreckensmeldungen bombardiert, denn je verbreiteter geschürte Ängste sind, umso anfälliger und manipulierbarer sind die Menschen

gegenüber politischen Heilslehren und populistischen Demagogen. Das Problem dabei: Zukunftspessimismus und Angst torpedieren in gefährlicher Weise unsere Fähigkeit, anstehende Probleme richtig einzuschätzen, zu priorisieren und sie zielorientiert, pragmatisch und dem ökonomischen Prinzip folgend zu lösen. Nur so aber entstehen Fortschritt, Wohlfahrt und gesellschaftliche Weiterentwicklung.

Jede Epoche war damit konfrontiert, immer schienen die künftigen Probleme aus der Perspektive der Gegenwart überwältigend, aber immer wurden menschliche Kreativität und wissenschaftlich-technischer Fortschritt unterschätzt. In diese geistige Falle tappen die Mehrzahl der Prognostiker und Zukunftsforscher. Deshalb stellen sich auch so viele Zukunftsprognosen als falsch heraus. Wenn jemand behauptet, ganz genau zu wissen, was die Zukunft bringt, ist höchstes Misstrauen angebracht.

Vor 50 Jahren zeichnete der Bericht des „Club of Rome“ zu den „Grenzen des Wachstums“ auf Grundlage der modernsten verfügbaren wissenschaftlichen Methoden das düstere Bild des raschen Versiegens unserer wichtigsten Ressourcen. Bereits 1990 sollte das letzte Erdöl gefördert werden, 1992 das Erdgas versiegen, Rohstoffe wie Gold, Silber, Zink und Zinn wären uns bereits 1988 ausgegangen. Die Schreckens-

bilder haben weltweit eine Welle von Zukunftsangst und Technologiefeindlichkeit ausgelöst. Auch mich hat das Buch sehr beeindruckt und auch verängstigt.

Gottlob ist NICHTS davon eingetroffen. Im Gegenteil, wir haben seither beispiellosen Fortschritt und eine Verbesserung der Lebensumstände vieler erlebt. Richtig war nur der Hinweis, unser Wirtschaftssystem ressourcenschonender und umweltgerechter zu gestalten. Die oft überraschenden problemlösenden Durchbrüche lieferten visionäre und risikobereite, unternehmerische Menschen, Forscher und Techniker.

Nur selten hingegen haben die Angstmacher und Demagogen einen Lösungsbeitrag geliefert. Politische Naivität und Moralismus übrigens auch nicht – beides erleben wir derzeit leider in der nicht mehr interessensgeleiteten Außen- und Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene. Unterminiert werden auch unsere historisch gewachsenen Erfolgsgrundlagen – die Grundsätze der Aufklärung, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Marktwirtschaft und Leistungsprinzip, persönliche

Grund- und Freiheitsrechte. Obwohl bisher ausnahmslos jeder Versuch einer bürokratisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftslenkung im Desaster geendet hat, versucht die EU-Kommission in Bezug auf die ökologische Transformation durch groteske Überregulierung erneut genau das.

PLANWIRTSCHAFT UND IDEOLOGIE LÖSEN KEIN PROBLEM

Es ist absurd – im Jahr des 300. Geburtstags von Adam Smith wird in Deutschland ein Buch zum Bestseller, in dem das Ende des Kapitalismus herbeigeschrieben und als Ideal von einer gelenkten Planwirtschaft geträumt wird. Dabei sind die Ideen

verbrauch und klimaschädigende Emissionen müssen in steigendem Ausmaß zum Kostenfaktor werden. Daher sind CO₂-Bepreisung und Zertifikatehandel richtige und wirksame Instrumente.

Geschriebene wie auch ungeschriebene Ge- und Verbote, fortschreitende Ideologisierung und Meinungsdictate beschneiden zunehmend die wissenschaftlich-technische Freiheit und Kreativität. Die Notwendigkeit, Behauptetes einer Prüfung im Sinne des kritischen Rationalismus Popperscher Prägung zu unterziehen, nämlich dass jede Erkenntnis der Verifikation bedarf, und auch nur solange gilt, bis sie durch eine Bessere falsifiziert wird, ist völlig in den Hintergrund gedrängt worden.

In seinem bahnbrechenden Buch „Aufklärung jetzt“ stellt Steven Pinker dem weitverbreiteten Kulturpessimismus eine leidenschaftliche Antithese gegenüber. Nur dank der Aufklärung und ihres Wertesystems ist die Welt ein besserer Ort für alle geworden – wenn wir daran festhalten, ist die Moderne keineswegs dem Untergang geweiht, im Gegenteil. Auch ich halte das für keine Utopie – vernünftiges, auf Tatsachen basierendes politisches Handeln vorausgesetzt.

Dazu ein Beispiel – der Furor gegen Gentechnik: In Asien sind bisher jährlich 500.000 Kinder infolge des Vitamin-K-Mangels im Reis erblindet. Ein Schweizer Genforscher

*„Durchbrüche lieferten
visionäre und risikobereite,
unternehmerische Menschen,
Forscher und Techniker.“*

von Adam Smith wichtiger denn je. Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass jeder einen persönlichen Nutzen daraus zieht und sie zum allgemeinen Wohl beizutragen. Nur ein sozial-marktwirtschaftliches System bringt echten Fortschritt und Wohlstand für alle.

Der richtige Weg zur Lösung der ökologischen Herausforderungen ist die Integration umweltrelevanter Preissignale in den Markt, Umwelt-

Jetzt informieren und weiterbilden!

Die Universität für Weiterbildung Krems ist die führende öffentliche Universität für Weiterbildung in Europa. Mit innovativen Studienprogrammen begleiten wir unsere Studierenden auf ihrem individuellen Karriereweg. 85% unserer Absolvent_innen würden die Universität weiterempfehlen.*

* Quelle: Absolvent_innen-Befragung 2021

info@donau-uni.ac.at | www.donau-uni.ac.at

Universität für Weiterbildung Krems

DONAU UNIVERSITÄT KREMS

hat den Reis gentechnisch verändert, künftig wird der neue goldene Reis genügend Vitamin K enthalten und in ganz Asien angebaut, kein Kind wird mehr deshalb erblinden. In Europa tobt nach wie vor ein ideologischer Glaubenskrieg um den Einsatz von Gentechnik.

Negativbeispiel ist die völlig irrationale deutsche Energiepolitik: Sichere AKWs werden abgeschaltet und durch Kohle-Stromproduktion ersetzt, wobei die Kohle mit schwerölbefeuerten Schiffen aus Kolumbien importiert wird. Kein Wunder, dass trotz 500 Milliarden Investition in die deutsche Energiewende der fossile Anteil am Gesamtenergieverbrauch in den letzten zwölf Jahren

nur von 84 auf 78 Prozent gesunken ist.

Auch das Problem der Reduktion klimaschädlicher Emissionen ist lösbar, etwa durch technologische Innovationen von „Carbon Capture and Storage“ und der Schließung des Kohlenstoffkreislaufs durch die Verwendung von CO₂ für die Herstellung von Wasserstoff und alternativer Treibstoffe. Voraussetzung ist aber gemeinsames, global koordiniertes Handeln. Bestes Beispiel: Durch den Einsatz von synthetischem Kerosin wird der Flugverkehr der erste Massenverkehrsträger sein, der seinen Betrieb CO₂-neutral führt.

Europa ist für acht Prozent der globalen Treibhausgase

verantwortlich, es verringert seinen Ausstoß kontinuierlich (in dem Maß, in dem er in China steigt). Die Industrie in Europa hat ihre Energieintensität halbiert, viele Innovationen wurden angestoßen, zahlreiche Unternehmen arbeiten erfolgreich im Bereich „Green Tech“.

DER HUNGER NACH BILLIGER ENERGIE IST ÜBERMÄCHTIG

Doch worauf auch immer wir in Europa verzichten, es ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn allein in Asien, besonders in China, Indien oder Vietnam, werden aktuell mehr als 200 neue Kohlekraftwerke gebaut, ohne CO₂-Abscheidung, die technisch möglich wäre, ebenso viele Kraftwerke sind in Planung.

Ist das Anlass zur Resignation? Nein, wir wollen ein Vorbild sein, das sind wir

aber nur, wenn wir Balance schaffen, in sozial verträglicher Weise und ohne unsere Wirtschaft abzuwürgen, um echte Transformationserfolge zu erzielen. Gut gemeint reicht nicht aus, es muss auch gut gemacht sein, und daran scheitern ideologiegetriebene grüne Träume oft krachend in der Realität, siehe die aktuelle Lage in Deutschland.

Bill Gates hat in seinem Buch „Wie wir die Klimakatastrophe verhindern“ viele Lösungswege aufgezeigt. Europa sollte weniger mit dem erhobenen Zeigefinger durch die Welt marschieren, vielmehr liege unsere Verantwortung darin, neue, bessere Technologien zu entwickeln und diese dem Rest der Welt zugänglich zu machen. Dazu braucht es praxistaugliches Anpacken, denn mit Anpicken erreichen wir das nicht.

Der Beitrag entspricht (etwas gekürzt) einer „Key Note“, die Günther Ofner im Plenum der diesjährigen *Millstätter Wirtschaftsgespräche* gehalten hat. Dieses Forum maßgeblicher Entscheider aus Wirtschaft und öffentlichem Leben wird unterstützt vom Wirtschaftsclub des ÖCV, dessen Vorsitzender Alfons Helmel (Rg) als Mitveranstalter fungiert. Mit der Teilnahme an den „persönlichsten Wirtschaftsgesprächen Österreichs“ eröffnen sich neue Kontakte und Kooperationsmöglichkeiten, für den ÖCV schaffen sie öffentliche Präsenz.

Die nächsten Millstätter Wirtschaftsgespräche finden von 17. bis 20. April 2024 statt. Mehr auf mwg.or.at



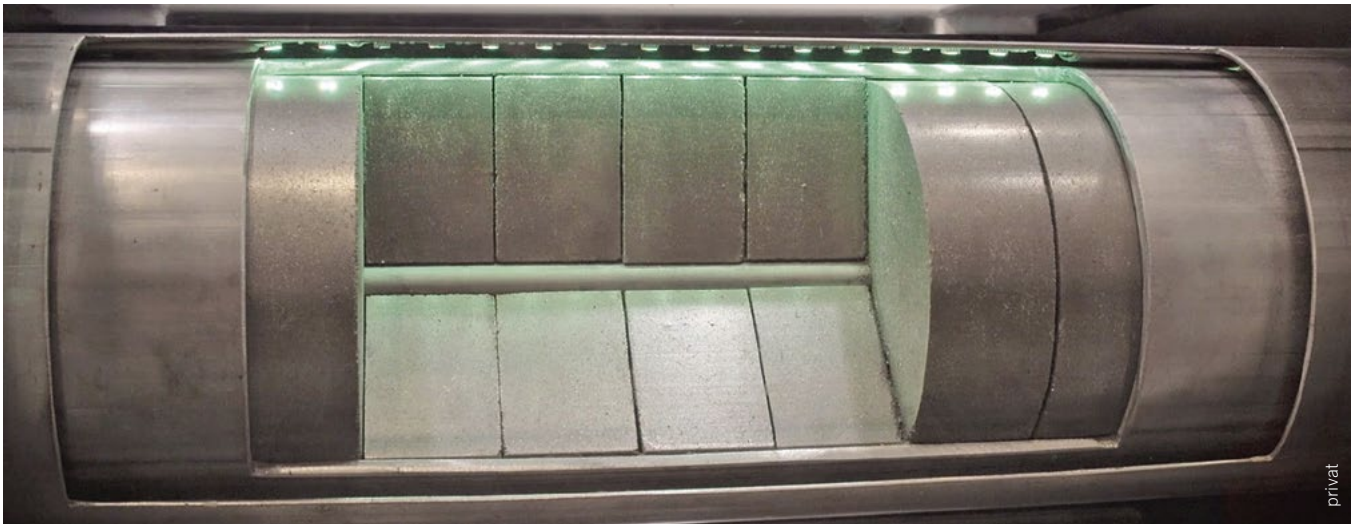
Dr. Günther Ofner (Walth, A-F)

ist Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG und Aufsichtsratsvorsitzender der Österreichischen Beteiligungs AG.

WASSERSTOFF AUS PELLETS – SICHER, ÜBERALL UND JEDERZEIT

Die Europäische Energiewende und Dekarbonisierung hat einen hohen Preis – ist aber technologisch machbar: Mit einer Vielzahl dezentraler, autarker und skalierbarer Wasserstoffspeicher. Sie können Energieüberschüsse sinnvoll verwerten und Verbrauchsspitzen abfedern.

MICHAEL SIKORA



Dieser Wasserstoffspeicher (Durchmesser der Röhre: etwa 30 Zentimeter) liefert bis zu 33 Kilowatt Leistung.

Pfingstmontag 2023 in Deutschland: Zur Mittagszeit – wie oftmals an einem Sommertag – gibt es zu viel Sonne und Wind mit 44 Gigawatt Leistung. Der Strombedarf im Netz ist jedoch geringer. Erwartungsgemäß passieren im Handumdrehen zwei Dinge: Bereits am Vormittag rutschen die Börsenpreise unter null; zur Mittagszeit liegen

sie sogar bei minus 150 Euro pro Megawattstunde. Daher müssen zweitens bis zu zehn Gigawatt überschüssiger Strom – koste, was es wolle – exportiert werden. Dumm nur, dass auch in anderen europäischen Ländern die Preise gleichzeitig ins Minus drehen. Verschärft wird die Situation durch die starken Erzeugungskapazitäten aus Braun- und Steinkohle,

Biomasse, Wasserlauf- und Gaskraftwerken mit zusätzlichen 15 Gigawatt Leistung.

Das Hintergrundproblem ist leicht erklärt. Das flächendeckende europäische Wechselstromnetz (vom Schwarzen Meer bis nach Portugal) kann nur in einem engen Netzfrequenzband stabil betrieben werden. Die Kraftwerke müssen genau so viel Strom

erzeugen wie die Verbraucher im Netz abnehmen. Nur so kann die Netzfrequenz im Normalbereich zwischen 49,8 Hertz und 50,2 Hertz bleiben. Wird die kritische Untermarke von 47,5 Hertz trotz Abschalten von Verbrauchern unterschritten, droht ein Abschaltens der Laufkraftwerke um Generatorschäden und, was noch viel schlimmer wäre, ein mehrtägiges Strom-

Blackout, sprich Netzzusammenbruch zu vermeiden.

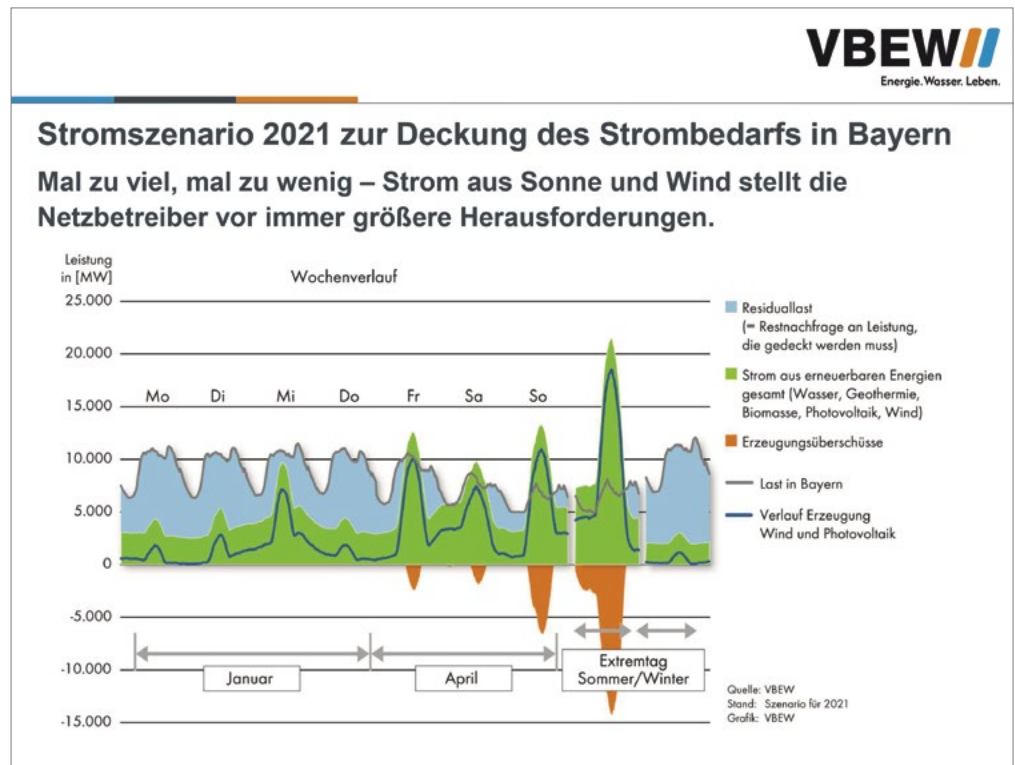
AUS UNERWÜNSCHTEM ÜBERSCHUSSSTROM LERNEN

Die pfingstliche Momentaufnahme zeigt deutlich die technischen und ökonomischen Herausforderungen der Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien (EE) und der Flexibilisierung und Dekarbonisierung des Europäischen Stromsystems: Starre Grundlasterzeugungskapazitäten passen nicht mehr in ein ausgeglichenes System mit hohen und immer größeren Anteilen an erneuerbaren Energiequellen.

Eine Energiewende, die auf EE, Wärmepumpen und Elektromobilität setzt, sollte nicht nur innerhalb ihrer Sektoren effizient und CO₂-neutral sein. EE leisten erst dann einen Nutzen für ein dynamisches Stromsystem, wenn eine weitere, wichtige Systemkomponente flächendeckend vorhanden ist: Energiespeicher, die folgende Grundeigenschaften aufweisen. Sie müssen

- dezentral
- hoch skalierbar
- sicher
- verlustfrei
- mehr als 20 Jahre nutzbar und
- 100 Prozent recycelbar

sein. Der finanzielle Anreiz, in derartige Innovationen zu investieren, wird vermehrt aus negativen Strompreisen beziehungsweise hohen Preisspannen kommen. Sie



aktivieren den Marktmechanismus zugunsten dezentraler Energiespeicher.

Ob die genannten Anforderungen von den heutigen Batteriespeichertechnologien erfüllt werden können, ist mehr als fraglich. Ein Rollout von regionalen Quartierspeichern (ausgestattet etwa mit Second Life-TESLA-Speichermodule) im ländlichen Raum beziehungsweise in industriellen Ballungszentren reicht nicht aus, um einen zigfachen Megawatt-Überschussstrom vom sonnenreichen Sommer in die kalte Jahreszeit zu transferieren.

Denn die Energiedichte selbst der umweltfreundlicheren Batterien wie recycelbare Natrium-Akkumulatoren, die ohne Kobalt (teuer, giftig) auskommen, ist erst halb so groß wie jene von Lithium-

Akkus. Alternativ wird an Magnesium-Schwefel-Batterien mit theoretisch höherer Speicherdichte als Li-Ion-Akkus gearbeitet, aber hier sind Zyklusfestigkeit und Lebensdauer noch ein Thema.

REGIONALE QUARTIERSPEICHER BRAUCHEN WASSERSTOFF

Wasserstoff als Energiespeicher mit hoher Energiedichte und „mobiler Trägereigenschaft“ kann leitungsgebunden, aber auch per Tanklast beziehungsweise in LKW-Flaschen-Bündel dorthin transportiert werden, wo der Energieträger/-speicher benötigt wird.

Bislang wird CO₂-freier, grüner Wasserstoff, produziert über Wasser-Elektrolyse, aufwändig über Kompressionsstufen gasförmig verdichtet und in Drucktanks gespeichert, etwa für die Betan-

kung von Brennstoffzellen-Fahrzeugen.

Alternativ jedoch lässt sich mit Ausgangsdruckniveau des Elektrolyseurs Wasserstoff chemisch direkt in unbrennbaren Metallhydrid-Pellets speichern. Beim Beladen der pulververpressten Scheiben in einem zylindrischen Speichertank wird überdies 20°C Prozesswärme freigesetzt, die in einem Boiler-Wasserkreislauf genutzt werden kann.

Diese hoch skalierbaren Metallhydrid-Speicher benötigen gegenüber der Druckspeicherung viermal weniger Platz und können auf engstem Raum untergebracht werden. Der Eingangsdruck beim Beladen des Speichers beträgt höchstens 30 bar gegenüber 700 bar in einem Tank mit komprimiertem Wasserstoff.

Weiters sind Metallhydrid-Speicher 100 Prozent recycelbar, was bei Type 4-Karbonfaser-Drucktanks nur zu 70 Prozent möglich ist. Die Hersteller garantieren mindestens 20 Jahre Lebensdauer. Ein weiterer wichtiger Vorteil: Der sehr energieaufwändige Kompressionsvorgang bei der Einlagerung des Wasserstoffs wird nicht benötigt.

AUCH FÜR LAIEN GUT VERSTÄNDLICH

Die Komponenten dieser sicheren und skalierbaren Speicherlösungen basieren auf der Kopplung von zwei Systemen: der Erzeugungseinheit aus EE und der Wasserstoff-Einheit (für Produktion, Speicherung, Rückstromung, Abwärmennutzung und Betankung von Fahrzeugen) im Sinne einer Kraft-Wärme-Kopplung. Der folgende Überblick veranschaulicht eine Systemlösung:

Mit erneuerbarem Strom wird ein Elektrolyseur versorgt, der Nutzwasser aus der Wasserleitung elektrochemisch in Sauerstoff und Wasserstoff aufspaltet. Der mit etwa 30 bar abgeführte Wasserstoff wird „gereinigt/getrocknet“, dann in den Hydrid-Speicherbänken eingelagert. Die Einlagerungswärme kann über eine Wärmepumpe einem Heizbeziehungsweise Kältekreislauf zugeführt werden.

Wenn der Energiespeicher in der Nacht, bei Dunkelflaute untertags oder in der kalten Jahreszeit Strom produzieren soll, um ihn in ein lokales nicht-leitungsgebundenes Stromnetz einzuspeisen, wird über eine integrierte Stützbatterie ein Warmwasser-Kreislauf aufgeheizt, der mit etwa 60 Grad Celsius die Speicherbänke außen und innen umflutet, um das atomargebundene Wasserstoffgas wieder als Wasserstoff-Molekül gasförmig freizusetzen.

Es strömt dann in die Leitung zur Brennstoffzelle, wo diese unter Hinzufügen von Luft-sauerstoff Strom von 50 Kilowatt Dauerlast oder 100 Kilowatt kurzfristiger Spitzenlast produziert. Überdies kann über ein Bypass-Ventil das Wasserstoffgas der Güteklasse 5.0 mit nachgeschalteter Verdichtereinheit auch für die Betankung von Nutzfahrzeugen (Hof-Kipper, Traktor, Straßenkehrfahrzeug) eingesetzt werden.

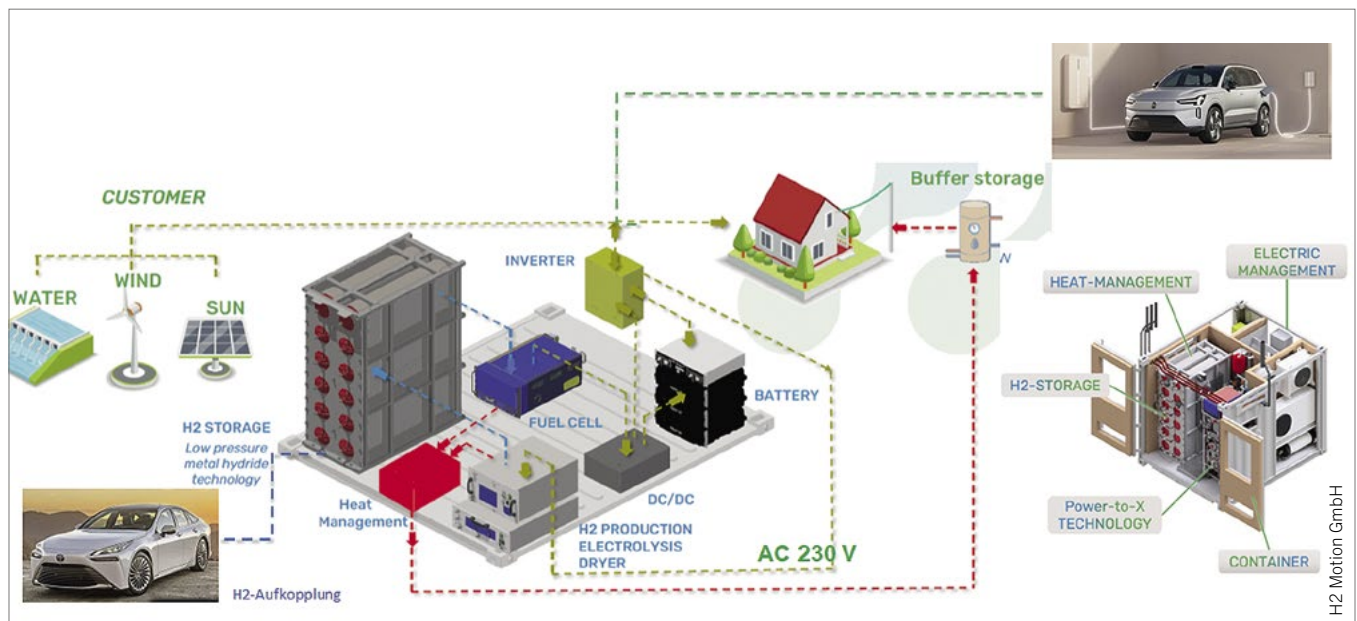
REGIONALE QUARTIERSPEICHER IM LÄNDLICHEN RAUM

Diese Speicher-Technologie eignet sich sowohl für industrielle Anwendungen als auch für dezentrale marktgetriebene Energie-Gemeinschaften (EEG), die einen hohen Autarkiegrad anstreben, sprich einen minimalen leitungsgebundenen Strombezug von einem Energieversorger. Ideal eignet sich dafür vor allem der ländliche Raum, wo es Fläche für Photovoltaik-Anlagen und Windkraftwerke gibt.

Es strömt dann in die Leitung zur Brennstoffzelle, wo diese unter Hinzufügen von Luft-sauerstoff Strom von 50 Kilowatt Dauerlast oder 100 Kilowatt kurzfristiger Spitzenlast produziert. Überdies kann über ein Bypass-Ventil das Wasserstoffgas der Güteklasse 5.0 mit nachgeschalteter Verdichtereinheit auch für die Betankung von Nutzfahrzeugen (Hof-Kipper, Traktor, Straßenkehrfahrzeug) eingesetzt werden.

Eine solche EEG kann drei Ziele anstreben:

- Erreichung eines hohen Autarkiegrades (über 90 Prozent) von leitungsgebundenen Systemen mit ihren nicht planbaren Preissprüngen bei Strom und Gas
- Rechenbare Anlageamortisation durch maximale Reduktion der Stromkosten und Netzkosten; Vermeidung von Netzrestriktionen (Abriegelung von Wärmepumpe/Wallbox durch den EVU beim drohenden Abschmieren der Netzfrequenz)
- Erzielung von Einnahmen und Erträgen durch Verkauf von Energie innerhalb und außerhalb der EEG, also von Strom, Wärme oder/und Treibstoff für Fahrzeuge.



Aus der Sicht eines EVU kann ein Wasserstoff-Quartierspeicher in von Netzen entfernten Regionen wie ein netztechnisches Betriebsmittel eingesetzt werden, um Leitungsengpässe zu vermeiden. Diese verteilten Anlagen tragen zur Netzentlastung bei.

Entfernte Energieverbraucher und -erzeuger jenseits der „Strom-Autobahnen“ (also Funkmasten, Ski- und Bergsteigerhütten, Forsthäuser, Nationalpark-Verwaltung, Funkleitsysteme, Radaranlagen mit lokaler EE und dörfliche Energiegemeinschaften) können den Sommer-Sonnen-Überschuss-Strom in die kalte Jahreszeit

beziehungsweise in Phasen von Dunkelflaute transferieren. Ein wasserstoffbasierter Energiespeicher mit bis zu 1000 Kilogramm Wasserstoff entspricht etwa 33 Megawattstunden Energie. Das entspricht dem Jahresverbrauch von neun Durchschnittshaushalten (Statistik Austria, 2019).

WARUM ES SICH RECHNEN WIRD

Die Preisentwicklungen auf den europäischen Energiemärkten für Strom und Gas bleiben weiterhin hoch und volatil. Die Strompreise in Österreich sind im Europa-Vergleich schon heute fast an der Spitze. Mit der aus

Brüssel vorgegebenen Dekarbonisierung der Industrie und des Güter- und Personenverkehrs wird Österreich bis 2035 einen Strombedarf von bis zu 100 Millionen Megawattstunden haben, ein Zuwachs von 50 Prozent gegenüber 2023. Der österreichische Energieberater Florian Haslauer hat in einer aktuellen Studie aufgezeigt, dass eine sichere Stromversorgung bei ausschließlicher Nutzung Erneuerbarer Energien nicht gewährleistet werden kann: „In einem von

wetterabhängigen Erzeugungskapazitäten geprägten Stromsystem ist eine genaue Bedarfsdeckung zu keiner Stunde möglich“, so Haslauer.

Daher benötigt ein flexibles Stromnetz verteilte, skalierbare, dezentrale Energiespeicher für große Speicherlösungen (Dorfenergiespeicher), um einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich der Defizitstunden neben den großen österreichischen EVU-Speicherkraftwerken zu leisten.



Mag. Dr. Michael Sikora (Baj)

ist CEO der H2Motion GmbH

 **Raiffeisen Bank**
International

Hinter jeder
Erfolgsgeschichte
steht eine verlässliche
Partnerschaft.

Make it happen

#responsiblebanking
rbinternational.com



„WER ÜBERALL ARBEIT FINDET, GEHT NICHT NACH ÖSTERREICH.“

„Es kommen zu viele, die zu wenig qualifiziert sind.“ So lautet ein weithin unbestrittener Grundbefund zum Thema Migration nach Österreich, der vermuten lässt, dass Österreich primär für Asylsuchende, nicht aber für qualifizierte Arbeitskräfte interessant ist. Im *Academia*-Interview erklärt Rechtsanwalt Dr. Alexander Raidl (Merc), Experte für Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Aufenthaltstitel und Arbeitsrecht, wieso die politische „one-size-fits-all“-Lösung zum Fachkräftemangel in Österreich, die qualifizierte Migration, in der Realität kaum funktioniert.

WOLFRAM KREIPL



Dr. Alexander Raidl (Merc)

In den jüngsten Ausgaben der Academia wurden die Themen Migration und Fachkräftemangel mehrmals aufgegriffen. Viele Politiker sehen die Lösung für dieses Problem in einer qualifizierten Zuwanderung – etwa mit Hilfe der Rot-Weiß-Rot-Karte. Wie

stellt sich so ein Prozess in der Realität dar?

Bei der Zuwanderung über die Rot-Weiß-Rot-Karte gibt es für die qualifizierten Arbeitskräfte zunächst einen großen Vorteil. Sie ist gleichzeitig Aufenthaltstitel und

Beschäftigungsbewilligung. Bei anderen Aufenthaltstiteln müsste man das sonst gesondert beantragen. Allerdings ist eine Rot-Weiß-Rot-Karte mit zum Teil sehr großen Hürden verbunden. Vorgesehen ist hier für jede der drei Kategorien für Arbeitnehmer

(Besonders Hochqualifizierte, Fachkräfte in Mangelberufen, Sonstige Schlüsselkräfte) eine gewisse Anzahl an Punkten in einem Punktesystem, die man über unterschiedliche Qualifikationen erreicht. Viel Kompetenz in der Beurteilung liegt in die-

sen Prozessen auch beim jeweiligen Sachbearbeiter. Das macht diese Anträge auch stark abhängig davon, wer diesen gerade bearbeitet.

Auf die Punkte, die ich als Besonders Hochqualifizierter brauche, komme ich nicht einmal als Österreicher.

Ja, das schafft fast niemand. Diese Art der Rot-Weiß-Rot-Karte ist für Top-Manager und Wissenschaftler vorgesehen, die entweder bereits sehr viel verdient haben müssen oder hohe wissenschaftliche Qualifikationen mitbringen. Das ist nur ein verschwindend geringer Anteil aller Rot-Weiß-Rot-Karten. Wenn also die Politik sagt „Wir holen uns die Top-Leute“, dann kommen die in Wirklichkeit gar nicht, weil das sehr schwierig ist. Ich hatte hier vor kurzem eine ukrainische Dissertantin, die einen Master und ein Doktorat in den USA gemacht hat und auch schon in der Forschung war. Die Sachbearbeiterin konnte aber das Doktorat nicht anerkennen, weil das Zeugnis physisch noch gefehlt hat. Wir mussten dann diesen Antrag umstellen.

Sieht es als Fachkraft in einem Mangelberuf besser aus?

In den Mangelberufen braucht man zumindest schon weniger Punkte, da ist es schon etwas leichter. Allerdings geht hier das AMS von einem Kompetenzprofil aus, das den unsrigen Qualifikationen entspricht und

hier werden oft Äpfel mit Birnen verglichen. Das duale Ausbildungssystem, auf das wir zurecht sehr stolz sind, gibt es in ähnlicher Form noch in Deutschland und Südtirol. Ansonsten gibt es das in der Form nirgendwo. Hat jemand in Albanien, in Pakistan oder im Iran 20 Jahre lang als KFZ-Mechaniker gearbeitet, dann hat er trotzdem keinen Facharbeiterbrief Lehrabschlusszeugnis vorzuweisen. Und auch wenn Berufserfahrung grundsätzlich anerkannt wird, ist diese oft schwer nachzuweisen, weil der gesetzliche Anspruch auf ein Dienstzeugnis auch nur in wenigen Ländern besteht. Oft sind auch die ehemaligen Arbeitgeber gar nicht greifbar. Hier in Österreich nachzuweisen, dass man qualifiziert ist, etwa durch ein Fachgespräch bei der Wirtschaftskammer, ist mit geringen Deutsch- oder Englischkenntnissen fast ein Ding der Unmöglichkeit. Da werden Ansprüche gesetzt, die für Nicht-Westeuropäer kaum zu erreichen sind.

Und von den allgemeinen Voraussetzungen, die ja für sonstige Schlüsselkräfte auch gelten, sprechen wir hier noch gar nicht.

Richtig. Es werden hier auch die allgemeinen Voraussetzungen für die Zuwanderung geprüft. Und da braucht es eine ganze Reihe von Dokumenten und Bestätigungen. Wenn diese nicht auf Deutsch oder Englisch sind, dann müssen sie glaubig übersetzt sein, aus

Ländern außerhalb der EU braucht es sogar eine diplomatische Beglaubigung – in manchen Fällen fast ein Ding der Unmöglichkeit. Auch die Antragstellung ist nicht ganz einfach. Speziell wenn während dieses Prozesses der Aufenthaltstitel des Antragstellers abläuft, wird es wirklich mühsam und kompliziert.

Wie lange dauert das üblicherweise?

Bei der Rot-Weiß-Rot-Karte hat die Behörde bis zu acht Wochen Zeit für die Bearbeitung. Bei anderen Aufenthaltstiteln – und das betrifft insbesondere jene, die als Familienangehörige einreisen – sind das sechs Monate. Da wird prinzipiell jedem unterstellt, er würde eine Aufenthaltsehe eingehen – ich habe das aber in meiner gesamten Karriere noch nie erlebt. Die meisten wollen einfach nur ein ruhiges und sicheres Leben mit ihrem Partner in Österreich. Auch wenn die Zustände bei der Antragsbearbeitung, besonders in Wien, oftmals katastrophal sind, weil man monatelang auf Antworten auf E-Mails wartet oder die zuständigen Sachbearbeiter einfach nicht erreichbar sind. Anträge für Rot-Weiß-Rot-Karten in Wien werden jetzt über das neue „Business Immigration Center“ abgewickelt. Dort läuft es etwas besser.

Das klingt, als würden wir uns das selbst sehr schwierig machen.

Die politischen Kompromisse, die hinter den Gesetzen stehen, spürt man sehr deutlich. Wir glauben in Österreich, dass es sehr attraktiv ist, hier zu arbeiten, können uns aber nicht wirklich in die Migranten hineinversetzen. Die Liste der zu erfüllenden Voraussetzungen ist sehr lang und auch das Erlernen der deutschen Sprache macht es besonders schwer. Das bedeutet: Wenn ich gut ausgebildet bin und es mir egal ist, wo ich hingehe, dann komme ich nicht nach Österreich. Das geht in fast allen anderen westlichen Ländern, wie insbesondere USA oder UK, wo man Englisch spricht, deutlich einfacher und ist somit interessanter für einen qualifizierten Migranten. In Österreich muss ich Deutsch lernen, einen mühseligen Prozess durchlaufen und habe dann noch das Damoklesschwert über dem Kopf hängen, dass ich, wenn ich meinen Job verliere, zeitgleich auch meinen Aufenthaltstitel los bin. Das ist zumindest in den ersten zwei Jahren so. Prinzipiell wollen diese nicht sehr lockeren Regelungen den österreichischen Arbeitsmarkt und die Arbeitnehmer schützen, aber aktuell sind die Vorschriften wahnsinnig einengend und schaden dem österreichischen Arbeitsmarkt meiner Meinung nach mehr als sie nützen.

Gibt es bei Mangelberufen überhaupt viel zu schützen?

Das frage ich mich auch. Die Liste der Mangelberufe ist

lange und wird ständig länger. Da steht mittlerweile fast jeder Beruf drauf – im Handwerk, in der Technik, im Gesundheitswesen. Bei sonstigen Schlüsselkräften wird ohnehin zuerst auch noch geprüft, ob es jemanden aus Österreich gibt, der arbeitslos ist und diesen Beruf ausführen kann. Ich weiß nicht, wovor wir den Arbeitsmarkt schützen wollen. Die Rot-Weiß-Rot-Karte ist sicher ein besseres Instrument für eine geordnete Zuwanderung als das Asylsystem, aber wir machen es den qualifizierten Leuten unnötig schwer und Österreich damit unattraktiv.

Apropos Asylwerber: Es wird oft mit Statistiken argumentiert, wonach nur rund die Hälfte der Asylberechtigten einer Beschäftigung nachgeht. Welche Gründe könnten hier dahinterstecken?

Qualifizierte Migrant*innen werden oft mit Asylwerbern in einen Topf geworfen. Asylwerber kommen aber zu uns, weil sie vor Krieg, Not, Elend und Verfolgung fliehen und einen sicheren Platz suchen. Solange es einen Verfolgungsgrund gibt, stellen wir auch völlig zu Recht gar keine Anforderungen an sie.

Trotzdem habe ich das Gefühl, dass die Menschen im Asyl Grundversorgung erhalten und dann alleine gelassen werden. Man sagt ihnen zwar, was sie alles machen müssen, aber die Werte, die wir in Öster-

reich von klein auf mitbekommen, kann man nicht an zwei Nachmittagen in der Woche lernen. Da muss man vielleicht eine bessere Vermittlung betreiben. Allerdings ist das teuer und irgendjemand wird das bezahlen müssen. Solange die Wirtschaft nach Fachkräften schreit, wird sie auch einen Teil der Qualifizierungskosten tragen müssen. Im Gegenzug müssen dann sämtliche Qualifizierungsmaßnahmen auch die entsprechende Qualität haben. Asylrecht und qualifizierte Einwanderung werden sich auf Dauer wohl annähern müssen. Die qualifizierte Zuwanderung muss einfacher werden, im Asylrecht werden wir – soweit es im Rahmen der Flüchtlingskonvention möglich ist – auch ein gewisses Maß an Leistung fordern müssen. Sonst bricht uns das System mittelfristig zusammen.

Setzen wir Asylwerbern hier überhaupt ausreichende Motivation zu arbeiten?

Ein Ukrainer, der in Österreich Grundversorgung bezieht, darf aktuell 110 Euro pro Monat dazuverdienen. Das ist kein Anreiz, das ist ein Scherz. Das motiviert sicher nicht zur legalen Beschäftigung. Natürlich kann man fordern, dass diese Menschen gleich Vollzeit in einem entsprechend bezahlten Job arbeiten und dann gar keine Grundversorgung mehr brauchen, aber das ist von heute auf morgen teilweise ohne Sprache-

kenntnisse, sehr schwierig. Eine geringfügige Tätigkeit sollte rechtlich zumindest keine Schwierigkeit sein. So holt man Leute in den Arbeitsmarkt.

Was sind in deinen Augen sinnvolle Schritte, um Österreich für gut qualifizierte attraktiver zu machen?

Ganz wesentlich wäre für mich, dass Qualifikationen alleine als ausreichend akzeptiert werden, um nach Österreich kommen zu dürfen und man nicht schon bei der Antragstellung ein zugesichertes Arbeitsverhältnis braucht. Ob man erst einen oder zwei Monate später einen Job bekommt, ist ja im Grund egal. Um hier leben zu können, wird man früher oder später ohnehin arbeiten müssen. Und ganz ohne Kapital kann ich gar auch nicht nach Österreich kommen – das wird ohnehin geprüft. Auf keinen Fall sollte man aber bei den beruflichen Qualifikationen Abstriche machen. Dafür sollte es mit vorhandenen Kenntnissen einfacher werden, eine Arbeit ausüben zu dürfen.

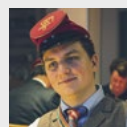
Inwiefern?

Ich habe eine Mandantin aus Albanien, mit der ich gerade versuche, die Ausbildung zur Physiotherapeutin zu nostrifizieren. Nach einem hal-

ben Jahr hat die zuständige Fachhochschule den Antrag gerade einmal akzeptiert. Das sind furchtbare und unglaublich mühselige Zustände. Es wird Leuten in echten Mangelberufen (etwa Ärzten) fast unmöglich gemacht, ihrem Beruf in Österreich nachzugehen. So ein Nostrifikationsprozess kann mehrere Jahre dauern. Das ist für einen normalen Arbeitnehmer absolut illusorisch.

Wird uns die qualifizierte Zuwanderung den Arbeitsmarkt retten?

Die qualifizierte Zuwanderung alleine sicher nicht. Sie kann, wenn sie clever gemacht wird, Löcher stopfen – ist aber sicher nicht nachhaltig und keine langfristige Lösung. Außerdem werden jene Leute, die wir haben wollen, bei dem aktuellen System nicht kommen. Man muss daher qualifizierend bei jenen Menschen ansetzen, die wir schon als Asylberechtigte im Land haben, bei den Menschen in niedrigen Bildungsschichten oder bei Einwanderern der dritten Generation, die noch immer nicht richtig Deutsch können. Natürlich ist das ein gesellschaftlicher Prozess, der noch lange dauern wird, ich bin aber optimistisch, dass wir das in Zukunft besser hinbekommen werden als bisher.



Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.



HERBERT KASPAR

DER FALL ZADIC

UND DIE REDLICHKEIT DER WISSENSCHAFT

Es war im Jänner 2022, als erstmals ernsthafte Plagiatsvorwürfe bezüglich der Doktorarbeit von Justizministerin Alma Zadic auftauchten. Ein vierköpfiges Expertenteam untersuchte daraufhin die Arbeit und legte im Februar ein 44-seitiges Gutachten vor. Darin werden der Politikerin 73 Plagiatsfälle auf nur 220 Seiten vorgehalten. Zusätzlich überprüfte auch der deutsche Plagiatsexperte Martin Heidingsfelder die Arbeit und urteilte eindeutig: „Zadics Arbeit ist ein klares Plagiat, die Dissertation dürfte wissenschaftlich keinen Bestand haben. Wenn sie Charakter hat, tritt sie nach eigener Analyse ihrer Fehler zurück.“

Der Mann ist nicht irgendwer, er war auch an dem Gutachten beteiligt, das den deutschen CSU-Politiker Karl-Theodor zu Guttenberg zu Fall brachte. Bei diesem genügten „nur“ 29 Plagiatsfälle auf 475 Seiten für einen Rücktritt. Seitens der Ministerin selbst kam dazu keine Stellungnahme und auch die heimischen Medien, allen voran der ORF, waren er-

wartungsgemäß nur mäßig interessiert.

Mittlerweile hatte sich auch der bekannte Plagiatsforscher Stefan Weber ein Urteil über die Dissertation gebildet: „Das Plagiat ist werkprägend, das ist nicht wegzuwischen. Alma Zadic hat sogar zwei ihrer drei Schlussfolgerungen plagiiert. Und auch noch das Inhaltsverzeichnis ihrer Dissertation.“

Im August kam eine weitere Beurteilung des renommierten, internationalen Experten für Plagiatserkennung Tomáš Foltýnek dazu, der die Schlussfolgerungen der vier Gutachter „zu 100 Prozent“ bestätigt und unmissverständlich festhält: „Frau Zadic hat es versäumt, die Quelle der Struktur und des Gedankenflusses wesentlicher Teile ihrer Dissertation ordnungsgemäß anzugeben, sodass sie die (...) Definition des Plagiats erfüllt.“

Die Fakten sind erdrückend, doch all diese Befunde von Fachleuten haben nichts bewirkt. Die Medien sind an kritischen Berichten über

grüne Politiker traditionell desinteressiert, die bei (Vor)Verurteilungen sonst so mundflinke Opposition war erstaunlich ruhig, die gelähmte ÖVP sowieso. Betretenes Schweigen auch an der Uni Wien, die mit der blamablen Causa wenig Freude hatte: Von März bis November wurde die Arbeit im Schnecken tempo von weniger als einer Seite pro Tag überprüft, bis am 16. November die Universität in einer knappen Presseaussendung die Einstellung des Verfahrens mitteilte. Ein besonderer Skandal ist, dass weder die „Gutachter“ noch der Wortlaut des „Gutachtens“ von der Uni Wien bekannt gegeben werden.

Man fasst es nicht: Es gibt im 21. Jahrhundert noch Feme gerichte an unseren Hochschulen, die bei Verletzung akademischer Standards selbst im Geheimverfahren entscheiden! Das Mindeste wäre doch, eine andere Uni

mit der Prüfung zu betrauen und die Namen der Gutachter sowie den Inhalt des Gutachtens öffentlich zu machen. So geht Transparenz anno 2023.

Stefan Weber findet dazu auch klare Worte: „Die Universität Wien betreibt damit (...) Hochschulkorruption. Sie nennt das leicht umschreibende Abschreiben von Sätzen ohne Quellenangaben nicht Plagiat“, schreibt er auf seiner Homepage und sieht darin nicht nur eine „Verarsche“, sondern auch einen „herrlichen Freibrief für die kommenden Akademiker“.

Es ist höchste Zeit für Wissenschaftsminister Polaschek, an unseren Universitäten Klarheit zu schaffen – durch transparente, faire Verfahren, die den gebotenen juristischen und akademischen Standards entsprechen. Nicht nur im Fall Zadic, auch bei der Bestellung von Rektoren und deren Teams.

Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015
Chefredakteur der *Academia*.



RUDOLF ÖLLER

ENTFERNEN STATT KIPPEN!

ÜBER DAS MESSEN MIT ZWEIERLEI MASS

Weil die Geschichtsvergessenheit der Linken gegenwärtig wieder tollste Auswüchse zeitigt – eine Gegenüberstellung, vor allem für die jüngere Leserschaft:

Ernesto „Che“ Guevara wurde 1928 als Sohn aus gutem Hause in Buenos Aires geboren. Als junger Mann reiste er kreuz und quer durch Südamerika. Der durch Asthma geschwächte Bürgersohn beendete sein Medizinstudium nach einer Rundreise auf einem Kleinmotorrad, die ihn von Argentinien bis Mittelamerika führte.

Anfang der Fünfzigerjahre erlebte er in Guatemala die Krise des damaligen Regimes von Jacobo Arbenz, der von den Amerikanern gestürzt wurde. Guevara lernte damals die Vereinigten Staaten hassen. „Aufgrund meiner ideologischen Ausbildung gehöre ich zu denen, die meinen, dass sich die Lösung für die Probleme dieser Welt hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang befindet“, schrieb er 1957 an einen Freund.

1955 traf Guevara in Mexiko den jungen kubanischen Anwalt Fidel Castro, der seine Rückkehr aus dem Exil in die Heimat vorbereitete. Guevara beschloss, sich den Kubanern anzuschließen, die im Dezember 1956 auf der Insel landeten. Guevara wurde zum Kommandanten einer „Kolonie“ ernannt. Er zeigte rasch, dass er ein gefühlsarmer Mensch war. Ein junger Guerillero seiner Kolonie, der an Hunger litt und ein wenig Nahrung gestohlen hatte, wurde von Guevara ohne Prozess erschossen. Der „unbeirrbar Anhänger des Autoritarismus“ – wie ihn ein ehemaliger Mitstreiter aus Bolivien nannte – geriet mehrmals mit demokratisch gesinnten kubanischen Kommandanten aneinander.

Nach der Flucht Präsident Batistas und der Machtübernahme der Kommunisten übernahm Guevara zunächst das Amt des „Anklägers“ und entschied über Leben und Tod. Das Gefängnis in La Cabana, wo Guevara eine Zeitlang amtierte, war Schauplatz willkürlicher Hinrich-



Das Denkmal für Che Guevara im Wiener Donaupark.

tungen. Guevara schreckte auch nicht davor zurück, ehemalige Kameraden zu erschließen, die sich für einen demokratischen Wandel in Kuba ausgesprochen hatten.

Danach hatte Guevara als Industrieminister und Zentralbankdirektor die Ge-

legenheit, seine Ideologie anzuwenden und Kuba das sowjetische Modell überzustülpen. Er verachtete offiziell das Geld, lebte aber im Reichtum von Havanna. Von Ökonomie hatte „Che“ nicht die geringste Ahnung. In kurzer Zeit ruinierte er die Zentralbank. Leichter

fiel ihm die Einführung von „Sonntagen der freiwilligen Arbeitseinsätze“. Er – nicht Fidel Castro – war es auch, der das erste Lager für Besserungsarbeit (in Wahrheit ein Zwangsarbeitslager) erfand, das auf der Halbinsel Guanaha errichtet wurde.

In seinem Testament lobte Guevara „den wirksamen Hass, der aus dem Menschen eine effiziente, starke, selektiv und kaltblütig vorgehende Tötungsmaschine macht“. Mehrmals betonte er: „Ich kann nicht mit jemandem befreundet sein, der meine Ideen nicht teilt.“

„Che“ (wie sich Argentinier untereinander anreden) war erbarmungslos, intolerant und getrieben von dem Wunsch, seine kommunistische Version der Revolution zu exportieren. Er war von seinem Hass auf die westliche Welt so verblendet, dass er 1967 verkündete: „Schafft zwei, drei, viele Vietnams!“

Nachdem es zwischen Castro und Guevara zum Bruch gekommen war, ging der „Che“ nach Bolivien und versuchte dort, seine Guerilla-Ideologie gewaltsam umzusetzen.



Das Luegerdenkmal am Ring.

Von der einfachen Landbevölkerung bekam er keine Unterstützung. Isoliert, eingekreist und halb verhungert wurde er am 8. Oktober 1967 gefangengenommen und am nächsten Tag erschossen.

Der Wiener Politiker Dr. Karl Lueger (Nc) war Gründer der Christlichsozialen Partei, von 1897 bis 1910 war er ein reformfreudiger und beliebter Bürgermeister. Zahlreiche infrastrukturelle, aber auch

sozialpolitische Großprojekte wurden von ihm initiiert. Die Stadt hat ihm zu Recht ein Denkmal errichtet. Dieses Luegerdenkmal ist heute ein beliebtes Hassobjekt. Lueger wird heute vorgeworfen, er sei Antisemit gewesen. Das waren damals fast alle Politiker, auch die linken.

Lueger hat niemanden ermordet oder ermorden lassen. Ernesto „Che“ Guevara war ein anderes Kaliber.

Er ist nur für diejenigen ein Held, die nicht wissen, dass es sich bei „El Comandante“ um eine gescheiterte Existenz und einen gefühllosen Serienmörder handelte, oder es nicht wahrhaben wollen. Wie Marxist Andreas Babler, der frischgebackene SPÖ-Vorsitzende. Er betrieb bis vor kurzem einen Weinbaubetrieb und nannte seine Roten schon mal „Comandante“ oder „Ernesto“. Die Website des Hobbywinzers a. D. verschwand nach seiner „Kür“ zum Parteichef plötzlich aus dem Netz.

Einige Politiker der Stadt Wien wiederum fanden es richtig, ihrem „Che“ im 22. Bezirk ein Denkmal zu errichten. Wer Che Guevara bewundert, Bürgermeister Lueger aber für verachtenswert hält, ist ein Meister der Verdrängung oder der Lüge. Meist beides.

Mag. Dr. Rudolf Öller (Rp, Alp)

ist promovierter Genetiker, AHS- und BHS-Lehrer für naturwissenschaftliche Fächer i. R., heute Kolumnist bei mehreren Medien.

GC-ÖCV
bringt **SCHWUNG**
ins Leben



Details zu diesen Veranstaltungen und Infos zum gesamten Jahresprogramm findest Du unter www.gcoecv.at.

Anmeldungen unter office@gcoecv.at.

Golfmeisterschaften ÖCV MKV und VCS



30. September 2023 GC Fontana, Oberwaltersdorf

Meister ÖCV, MKV und Meisterin VCS Brutto Verbindungswertungen (2 beste Netto-Ergebnisse je Verbindung)
AH² und Gäste € 110,- Aktive bis 27 J € 50,-

Mitglieder GC ÖCV € 80,- Aktive Mitglieder im GCOCV (bis 27) Gratis
Nähere Infos und Ausschreibungsdetails: office@gcoecv.at www.gcoecv.at

GLEICHE KULTUR, ANDERE THEOLOGIE?

GEDANKEN ZUM STATUS QUO ÖKUMENISCHER ANNÄHERUNGEN

GERHARD JANDL



Das Streben nach der Einheit der Christen wurde jahrhundertlang offenbar nicht als ein religiöses Gebot empfunden. Erst seit wenigen Jahrzehnten (für die katholische Kirche eigentlich erst seit dem II. Vatikanischen Konzil) ist man sich des aus der Bibel stammenden Auftrags zur Einigkeit bewusst. Es ist erstaunlich, dass die entsprechenden Passagen des Neuen Testaments so lang so wenig Beachtung fanden. Vor allem Jesu Worte in Joh 17,21: „Alle sollen eins sein: Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir bin, sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaubt, dass

*„Alle sollen eins sein:
Wie du, Vater, in mir bist
und ich in dir bin, sollen auch sie
in uns sein, damit die Welt glaubt,
dass du mich gesandt hast.“*

Joh 17,21

du mich gesandt hast“ (ganz prominent am Ende seiner Abschiedsrede an die Jünger unmittelbar nach dem letzten Abendmahl und vor seiner Verhaftung platziert, quasi ein Vermächtnis); sowie die Stellen in den paulinischen

Briefen „Bemüht euch, die Einheit des Geistes zu wahren durch den Frieden, der euch zusammenhält. Ein Leib und ein Geist [...], ein Herr, ein Glaube, eine Taufe“ (Eph 4,3–5); „Wir sind, die vielen, ein Leib in Christus“ (Röm

12,5); „Ihr alle seid ‚einer‘ in Christus Jesus“ (Gal 3,28), etc.

ABSPALTUNGEN PFLASTERN DEN WEG

Aus heutiger Sicht scheint dieser Auftrag völlig unzweideutig, und doch kam es im Lauf der Zeit zu zahlreichen Kirchenspaltungen: von der Abspaltung der Nestorianer nach dem Konzil von Nizäa 325 über jene der Monophysiten nach dem Konzil von Chalzedon 451, das Große Schisma von 1054 zwischen Katholiken und Orthodoxen, bis hin zur Trennung der Kirchen der

Reformation von der katholischen Kirche im 16. Jahrhundert, und noch weitere Aufspaltungen bis in jüngste Zeit. Als rezentestes Beispiel sei die 2018 vom Moskauer Patriarchat ausgesprochene Beendigung der Kommunion mit Konstantinopel erwähnt, nachdem letzteres die Autokephalie des Kiewer Patriarchats anerkannt hatte. Doch nicht nur die Tatsache der Trennungen an sich ist erstaunlich, sondern auch die Unerbittlichkeit, mit der sie betrieben wurden: Von der gegenseitigen Exkommunikation zwischen Katholiken und Orthodoxen, die erst nach 911 Jahren wieder aufgehoben wurde, bis zu den blutigen Religionskriegen, an erster Stelle dem Dreißigjährigen Krieg 1618–48 – auch wenn es dabei in Wirklichkeit viel mehr um die politische Macht ging als um Glaubensinhalte.

Zu diesen äußeren Umständen kam hinzu, dass zum einen die Theologien auseinanderdrifteten (v.a.

zwischen den Kirchen katholischen Typs und den reformatorischen Kirchen), und zum andern die Traditionen unterschiedliche Wege einschlugen, bedingt durch politische und kulturelle Entwicklungen. Treffend erscheint mir das bekannte Bonmot, dass zwischen Katholiken und Orthodoxen die gleiche Theologie, aber eine andere Kultur herrscht; zwischen Katholiken und Protestanten hingegen die gleiche Kultur, aber eine andere Theologie.

chende“ und die jeweiligen anderen als Häretiker oder Schismatiker. So entstand das „*co-confinement religieux*“, wie es die französischen Theologen Philippe Portier und Paul Willaime in Anspielung an das neue Pandemie-Vokabular nennen (*confinement* ist der französische Ausdruck für Lockdown bzw. Ausgangssperre), und der Dialog – wenn er denn überhaupt stattfand – beschränkte sich auf ein striktes Minimum, etwa (um ein bekanntes Beispiel zu nen-

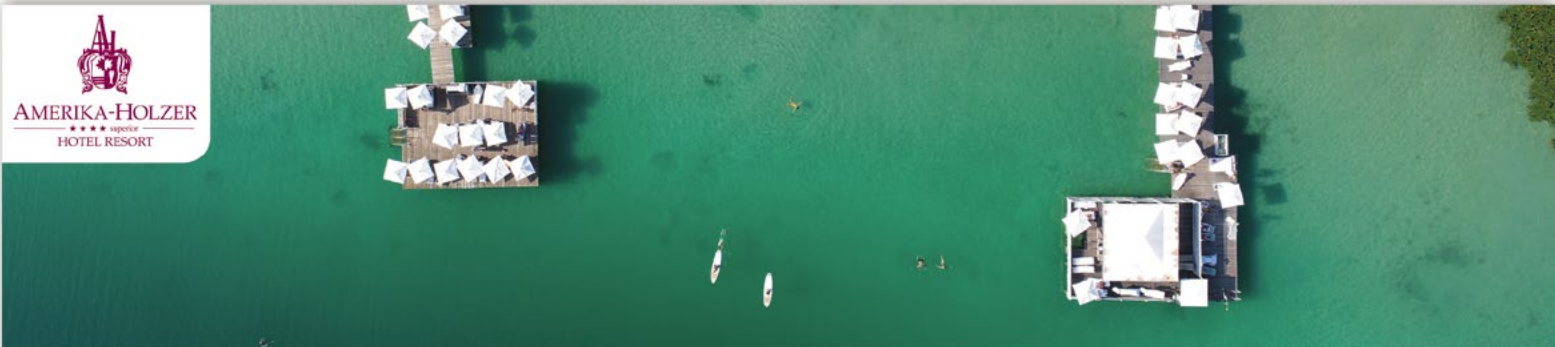
Der ökumenische Dialog wurde von den protestantischen Kirchen in den 1910er-Jahren begonnen. Es ist einerseits erstaunlich, dass Missionsfragen dafür den Ausschlag gaben; andererseits auch wieder nicht, denn Jesus stellt seinen Auftrag zur Einheit ausdrücklich in den Missionskontext („damit die Welt glaubt“). Wie es Bischof Alois Stöger formuliert hat: „Die Kirche wird durch ihre Einheit vor der Welt glaubwürdig.“ Die katholische Kirche nimmt seit dem II. Vatikanum an der Ökumene teil, die zum Ziel hat, im Sinne des biblischen Auftrags die Einheit unter den Christen und eine wahre „*communio*“, also die Möglichkeit der gemeinsamen Eucharistiefeier, herzustellen. Damit unterscheidet er sich vom interreligiösen Dialog (vornehmlich mit nicht-christlichen Religionen), bei dem es um praktische Kooperationsfragen geht.

Der ökumenische Dialog ist um vieles anspruchsvoller, weil zunächst festgelegt wer-

„Zwischen Katholiken und Orthodoxen herrscht die gleiche Theologie, aber eine andere Kultur; zwischen Katholiken und Protestanten hingegen die gleiche Kultur, aber eine andere Theologie“

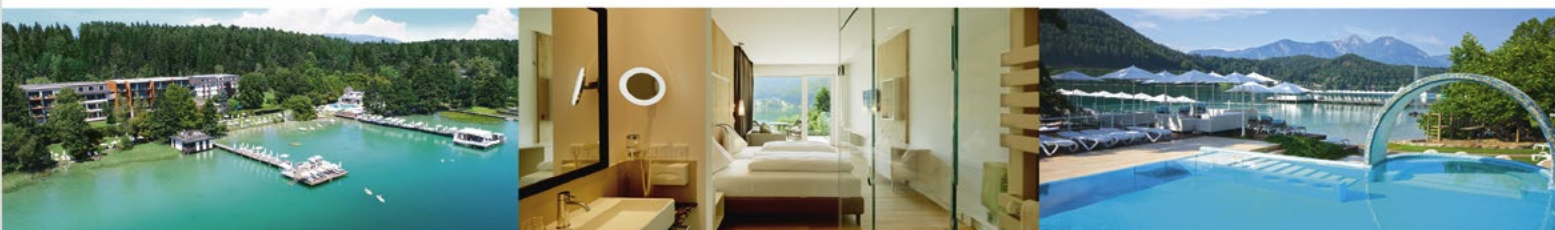
Jedenfalls betrachtete sich bis ins 20. Jahrhundert jede Kirche als die „allein seligma-

nen) auf die Regelungen zur Benützung der Grabeskirche in Jerusalem.



Es ist schön im Urlaub Kartellbrüder zu treffen. In unserem traumhaften Urlaubsparadies am Klopeiner See.

Auf Euren Besuch freut sich v/o Mikele BbG.



den muss, worin die angestrebte „*communio*“ / „*koinônia*“ konkret besteht, welche, vor allem theologische, Hindernisse ihr entgegenstehen und wie diese überwunden werden können. Auch wenn ihr genauer Inhalt nicht definiert ist (weil sie ein theologisch-spirituelles Konzept ist, kein soziologisch-juridisches), ist das Unbeachteten der Unterschiede (Relativismus, nach dem Motto: Wir sind alle getaufte Christen und das reicht für die Einheit.) nach herrschender Auffassung ebenso falsch wie die Furcht, die Unterschiede wären so unüberwindlich groß, dass alle Versuche ohnehin scheitern müssen.

KIRCHE VERSUS KIRCHLICHE GEMEINSCHAFT

Gemäß dem Konzilsdekret „*Unitatis redintegratio*“ können alle am ökumenischen Dialog teilnehmen, die die Taufe empfangen haben, den Dreifaltigen Gott anrufen, an Jesus Christus als Herrn und Heiland glauben, das Evangelium als Glaubensbasis haben und in Gemeinschaften organisiert sind. Damit hat die katholische Kirche ihren Exklusivitätsanspruch aufgegeben und eingeräumt, dass auch „außerhalb der sichtbaren Grenzen der katholischen Kirche existieren können: das geschriebene Wort Gottes, das Leben der Gnade, Glaube, Hoffnung und Liebe und andere innere Gaben des Heiligen Geistes“, die alle „als geeignete Mittel für den Zutritt zur Gemeinschaft des Heiles angesehen

werden müssen“. Soweit, allen christlichen Kirchen (im umgangssprachlichen Sinn) auch den Status einer „Kirche“ einzuräumen, ist das Vatikanum aber nicht gegangen. Dieser Status bleibt jenen vorbehalten, die die apostolische Sukzession und gültige Eucharistie teilen, wohingegen die anderen (vor allem protestantischen) lediglich als „kirchliche Gemeinschaften“ angesehen werden. Auf evangelischer Seite wird das (verständlicherweise, würde ich sagen) als Herabwürdigung zur „Kirche zweiter Klasse“ empfunden und der katholischen Kirche der sinn-gemäße Vorwurf gemacht, sie begeben sich in eine Art selbstauferlegte Ausgangssperre. Um Missverständnisse und weitere Belastungen der Ökumene zu vermeiden, wechselten Papst Benedikt XVI. (Rup et al.) und Kurienkardinal Walter Kasper (AlSt, Cp) zu Ausdrücken wie „Kirchen auf andere Weise“ oder „Kirchen anderen Typs“.

Das zeigt schon einen der Knackpunkte einer künftigen „*communio*“: Für eine solche bräuchte es (laut II. Vatikanum) auch eine Einheit in der Struktur und in der Auffassung des Amtes, inkl. jenes des Bischofs von Rom als Nachfolgers Petri, die (zumindest derzeit) illusorisch erscheint; überdies die Überwindung der doktrinalen Hindernisse (Glauben, Sakramente) und der disziplinären Unterschiede. Andere Kirchen haben zum Teil andere Kriterien.

Damit der Dialog wirklich zum angestrebten Ziel und zur Überwindung des „*co-confinement*“ führt, kann er nicht bloßes Gespräch und Informationsaustausch sein, sondern muss echter Dialog im psychologischen Sinn sein, also auf die „Wirkung einer Transformation der menschlichen Situation“ gerichtet. Die theologische Begründung des Dialogs liegt darin, dass sich Gott dem Menschen in Form des Dialogs mitteilt, wie Papst Paul VI. betonte. Er muss also auf Gemeinsamkeiten aufbauen und vom Bewusstsein getragen werden, vom anderen etwas lernen zu können, der ja auch recht haben kann, weil der Heilige Geist auch im anderen wirken und Christus im anderen präsent sein kann. Es muss sich also um einen Dialog handeln, „der Wahrheit ist, der vom Dialog der Liebe genährt und unterstützt wird“, wie die Enzyklika „*Ut unum sint*“ sagt.

IN DER KRIEGSMASCHINERIE

Abschließend eine persönliche Überlegung, vor dem Hintergrund meiner beruflichen Erfahrungen: Ich teile den Pessimismus zu Fortschritten innerhalb absehbarer Zeit, und zwar in erster Linie wegen des Verhaltens verschiedener orthodoxer Kirchen. Nicht nur, dass (wie ich vor einigen

Jahren in Bosnien-Herzegowina und in Serbien wahrgenommen habe) weite Teile der serbisch-orthodoxen Kirche offenbar kein Interesse am ökumenischen Dialog haben, ja sogar manchmal eine demonstrative Katholiken-Feindlichkeit an den Tag legen. Sondern vor allem dadurch, dass sie sich als Propaganda-Instrument der Kriegsmaschinerie hat missbrauchen lassen und die schlimmsten Kriegsverbrechen auf dem Balkan nicht nur ignoriert, sondern oft genug sogar rechtfertigt hat.

Die Äußerungen des russischen Patriarchen Kyrill zum Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine gehen in eine ähnliche, höchst besorgniserregende und verzweifelt machende Richtung: Kyrill erklärte den russischen Überfall zum „metaphysischen Kampf des Guten gegen das Böse“ und damit implizit zu einer Art heiligen Krieg. Unter solchen Umständen kann ein ernsthafter Dialog Richtung Einheit nicht geführt werden. Und wenn er – unter Ausblendung dieser im politischen Bereich angesiedelten Umstände – dennoch mit dem Hinweis geführt wird, hier gehe es ja nicht um „weltliche“ Politik, sondern um Theologie, dann verliert dieser Dialog in den Augen der Gläubigen jede Glaubwürdigkeit.



Dr. Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

war bis vor kurzem Herausgeber der *Academia* und ist österreichischer Diplomat. Der Text ist die adaptierte Fassung einer Arbeit für die Uni Straßburg.

DAS OPUS MAGNUM

ZUR GESCHICHTE DES CV IN ÖSTERREICH

Mit „Treu zu Gott und Vaterland“ bietet Gerhard Hartmann auf fast 1200 Seiten eine äußerst detaillierte wie facettenreiche Gesamtdarstellung der Geschichte des Cartellverbandes, die höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht wird. Gemeinsam mit dem ebenfalls von ihm initiierten und sorgfältig betreuten Biolex bildet sie ein enzyklopädisches Opus Magnum zur Geschichte des ÖCV.

HELMUT WOHNOUT



Gerhard Hartmann (Baj, Ca, Cl) eilt der Ruf voraus, der CV-Historiker schlechthin zu sein. Seit über fünfzig Jahren forscht und publiziert er zur Geschichte des CV und dessen Verbindungen sowie zum Farbstudententum insgesamt. Als Mitglied des Vororts Bajuvaria unter dem VOP Claus Raidl (Baj) und als Mitarbeiter des Gründers der Bildungsakademie des ÖCV, Wolfgang Mantl (Nc et mult.), begann er in den 1970ern mit Skripten für Seminare und Schulungsveranstaltungen seine einschlägige Publika-

tionstätigkeit. Daraus entstand 1977 das vergleichsweise noch schmale Bändchen „Der CV in Österreich“. 1988 folgten aus seiner Feder eine umfangreiche Verbindungsgeschichte der Carolina und 2020 der Bajuvaria. Im Laufe der 1990er- und frühen 2000er-Jahre verfasste er seine Geschichte des ÖCV, die von Auflage zu Auflage zwar umfangreicher wurde, aber immer noch ein Handbuch blieb. Dies änderte sich 2006 mit einer kompletten Neuauflage unter dem Titel „Für Gott und Vaterland“, in der Hartmann die Geschichte des CV bereits auf über 800 Seiten in den breiten Kontext der österreichischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts einbettete.

Nun legte er eine noch einmal erweiterte Publikation vor. Ausgangspunkt sind die Verbindungen in den Grenzen der k.u.k. Monarchie

(bis nach Prag und Czernowitz), die der Autor als einen größeren Kulturraum annimmt, wobei er immer auch die gleichzeitigen Entwicklungen in Deutschland im Auge behält. Seine Darstellung beginnt mit den geistesgeschichtlichen Wurzeln des Couleurstudententums im Mittelalter und der frühen Neuzeit, spannt den Bogen über die mit den im Gefolge der Freiheitskriege (1813–1815) und des Wartburg-Festes (1817) entstandenen modernen Studentenverbindungen, um anschließend auf die Anfänge des katholischen Farbstudententums in Deutschland ab den 1840er- und in Österreich ab den 1860er-Jahren einzuschwenken. Was mit der *Austria Innsbruck* im traditionell katholischen Tirol begann, fand in Wien mit einer gewissen Zeitverzögerung mit der *Austria* und der *Norica* seine Fortsetzung, in Graz mit der

Carolina, in Prag mit der Ferdinandea usw.

DIE SPEERSPITZE DES POLITISCHEN KATHOLIZISMUS

Beim Titel des Werkes „Treu zu Gott und Vaterland“ handelt es sich um ein Zitat, das Hartmann der ersten Strophe des ÖCV-Bundesliedes entnommen hat. So kommt zum Ausdruck, dass ein inhaltliches Schwergewicht auf der Beleuchtung der Wechselwirkungen zwischen dem katholischen Farbstudententum und der Politik liegt. Die Studie lässt sich somit auch als eine Geschichte des politischen Katholizismus in Österreich, exemplarisch dargelegt am CV und seinen Verbindungen, lesen.

Zeitlich fiel die Entstehung der ersten katholischen Stu-

dentenverbindungen auf dem Boden der Habsburgermonarchie in etwa mit dem Beginn der konstitutionellen Ära zusammen. Ab 1867 dominierten liberale Regierungen. Die Zurückdrängung des Einflusses der Katholischen Kirche stand ganz oben auf der Liste ihrer politischen Forderungen. Die säkularen Maigesetze von 1868 und die Aufkündigung des Konkordats 1870 läuteten den sogenannten österreichischen Kulturkampf ein. Als Konsequenz entstand unter den Katholiken das Bedürfnis nach einem Zusammenschluss auf politischer Ebene. Katholisch-konservative Vereine wurden genauso wie katholische Zeitungen gegründet. Es galt, der Agenda der Katholiken politische Geltung zu verschaffen. Die neu aufkommenden Katholikentage

wurden zu einer Art „Generalversammlung“ des sich politisierenden katholischen Vereinswesens. Die katholischen farbentragenden Korporationen spielten hierbei eine wichtige Rolle, fungierten sie an den Universitäten doch als Speerspitze des katholischen Gedankenguts gegenüber den arrivierten Burschenschaften und Corps.

In Deutschland verlief die Formierung des politischen Katholizismus linear. Als Reaktion auf die preußisch-protestantische Politik von Reichskanzler Bismarck gründete sich die Zentrums- partei unter Ludwig Windthorst (EM Wf, AW) als Sammelbecken aller Katholiken. Demgegenüber gelang es in Österreich vorerst nicht, eine einheitliche katholische Partei zu schaffen. Nach den

Reichsratswahlen 1870 schlossen sich immerhin die katholischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten erstmals zu einer losen Organisation zusammen. 1895/96 gründete sich vor allem aus Abgeordneten der Alpenländer die Katholisch-Konservative Volkspartei, zu deren führenden Abgeordneten mit Alfred Ebenhoch (AIn) bereits ein Urmitglied des CV gehörte.

DIE KATHOLISCHEN LAGER FINDEN IM CV ZUEINANDER

Der 1875 nach Wien emigrierte Publizist Karl von Vogelsang (EM AW) thematisierte erstmals die soziale Frage innerhalb des politischen Katholizismus. Über den Prinzen Aloys Liechtenstein (EM AW) kam der ursprünglich aus dem liberalen Lager kommende Populist



Exemplarisch für die vielen hochinteressanten Illustrationen im Buch Gerhard Hartmanns hier zwei Fotos samt den stets informativen Bildtexten:

„Der ehemalige steirische Landeshauptmann Karl Maria Stepan (Nc) (Mitte) und der ehemalige steirische Landesrat sowie spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach (CI) (rechts) in der typischen (pyjamaartigen) KZ-Häftlingskleidung. Obwohl Gorbach beinamputiert war (man erkennt in seiner rechten Hand die Krücke) blieb er von der Haft nicht verschont. Links steht der ehemalige steirische Sicherheitsdirektor Oberst Franz Zelburg. Die Aufnahme entstand zwischen dem 22. April (Einlieferung Stepans) und 5. Juli 1939 (Entlassung Zelburgs).“

„Kaum ein Bild wie dieses symbolisiert so sehr die Verknüpfung Kirche – Staat – CV, die in dieser Epoche zweifellos ihren Höhenpunkt erreicht hat, aber auch die Formulierung „Treu zu Gott und Vaterland“. Sie findet sich in den Wahlsprüchen zahlreicher ÖCV-Verbindungen in modifizierter Form wieder, auf Deutsch oder Lateinisch.

Dieses Foto wurde auf dem Stiftungsfestkommers der Bajuvaria am Samstag, dem 14. Mai 1955 im Hübners Kursalon (Wiener Stadtpark), also am Vorabend der Staatsvertragsunterzeichnung, aufgenommen. Trotz Terminnot nahmen Bundeskanzler Julius Raab (Nc) (2. v. l.) und Außenminister Leopold Figl (Nc) (1. v. l.) daran teil. Zweiter von rechts ist der Präsidialchef des Bundeskanzleramtes, Eduard Chaloupka (Baj), er wurde wenige Tage später, am 20. Mai, zum Vorsitzenden der Verbandsführung des ÖCV gewählt. Rechts von ihm der damalige Apostolische Nuntius Giovanni Dellepiane (Nc EM). Neben diesem saß – man sieht nur dessen Hand – der damalige Staatssekretär im Innenministerium und spätere Verteidigungsminister Ferdinand Graf (Trn EM).“

Karl Lueger (EM Nc) mit den sozialreformatoren Ideen Vogelsangs in Berührung und wurde zum aufgehenden Stern in der von ihm geprägten Christlichsozialen Partei. Bei der Überwindung der Gegensätze zwischen Katholisch-Konservativen und Christlichsozialen kam dem Cartellverband eine wesentliche Rolle zu. Es war der Kommers auf dem niederösterreichischen Katholikentag 1894, bei dem sich die Exponenten der beiden Richtungen, Lueger und Ebenhoch, erstmals näherkamen und eine anhaltende politische Weggemeinschaft begründeten; zumindest der Grundstein für die Vereinigung im Jahr 1907 wurde damals bereits gelegt.

Es war von Anfang an klar, dass die Verbindungen des katholischen Couleurstudententums niemals ein organisatorischer Teil der neuen Partei sein konnten, auch wenn der politische Katholizismus und der CV in Österreich dieselben geistigen Wurzeln hatten. Man bot sich als Kaderschmiede an, betonte zugleich allerdings, dass das politische beziehungsweise parteipolitische Engagement stets aus der individuellen Verantwortung des einzelnen katholischen Farbstudenten kommen müsse.

Mit der sich einzementierenden Frontstellung zur Sozialdemokratie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg kam es zu einer Ideologisierung der Christlichsozialen Partei in Richtung einer integralen

katholischen Weltanschauung. Dieser Prozess wurde maßgeblich von einer neuen Generation junger Intellektueller aus dem katholischen Couleurstudententum beziehungsweise dem Katholischen Volksbund betrieben. Bekannte Namen sind etwa Richard Schmitz (Nc) oder Friedrich Funder (Cl et mult.). Nach 1918 wurde als Queresteiger der Moralthologe Ignaz Seipel (EM Nc et mult.) rasch zum Kristallisationspunkt und Hoffnungsträger dieser neuen jungen Politikergeneration, die den Kern der Christlichsozialen Partei, vor allem in Wien, bilden sollte. In einem gewissen innerparteilichen Gegensatz zum Wiener Parteiflügel standen einige einflussreiche Landesgruppen der Christlichsozialen. Auch sie waren von Mitgliedern des CV geprägt, etwa dem zeitweiligen Bundeskanzler Rudolf Ramek (Nc), dem oberösterreichischen Landeshauptmann Prälat Johann Nepomuk Hauser (EM Nc et mult.) sowie seinem Nachfolger Josef Schlegel (Nc et mult.) oder dem Vorarlberger Otto Ender (Aln et al.) und Salzburger Franz Rehrl (AW et al.).

DIE MEHRHEIT FOLGT DEM AUTORITÄREN WEG

Mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland Ende Jänner 1933 erwuchs den in der Politik tätigen katholischen Couleurstudenten eine neue Herausforderung. Der ehemalige Vorortspräsident Engelbert Dollfuß (F-B et mult.) war damals seit knapp



einem Jahr Bundeskanzler. Er war entschlossen, sich den Plänen Hitlers und der österreichischen Nationalsozialisten, Österreich nach dem Vorbild der deutschen Länder noch im Frühjahr 1933 gleichzuschalten, entgegenzustellen. Dafür nahm er auch das Ende des demokratischen Parlamentarismus in Kauf. Die Couleurstudenten innerhalb der Christlichsozialen zählten zur großen Mehrheit in der Partei, die bereit war, diesen autoritären Weg mitzugehen. Eine kleine Gruppe hielt am demokratischen Parlamentarismus fest, wie die CV-Mitglieder Josef Aigner (Cl) und Ernst Karl Winter (NbW).

Der unversöhnliche Gegensatz zum Nationalsozialis-

mus und das Festhalten an der österreichischen Eigenstaatlichkeit spiegelte sich früh, nämlich bereits im Juni 1933, in der sogenannten „Abschaltung“ der österreichischen Verbindungen vom bereits gleichgeschalteten CV im Deutschen Reich wider. „Es geht um Österreich“, so der etwas pathetische, aber im Kern gerade vor dem Hintergrund der Trennung vom deutschen CV treffende Titel dieses Abschnitts des Buches.

Ihr kompromissloses Bekenntnis zu Österreich ließ die meisten der politisch vor 1938 aktiven CVer nach dem Anschluss ins Fadenkreuz der GESTAPO geraten, auch wenn Hartmann nicht verschweigt, dass es eine Minderheit gab, die der „nationa-



Gerhard Hartmann:

„Treu zu Gott und Vaterland.
Die Geschichte des CV in Österreich“

Verkaufspreis: € 70,- (zzgl. Porto außerhalb Österreichs)

Bestellungen nach Österreich erfolgen durch Einzahlung auf das Konto:

„Österreichischer Cartellverband“
IBAN: AT20 3200 0000 1014 5050
BIC: RLNWATWW

Verwendungszweck „Vorname und Nachname“

Bestellungen ins Ausland bitte per Mail an office@oecv.at

len Versuchung“ erlegen und zu „Brückenbauern“ zwischen Kirche und NS-Regime geworden waren. Doch waren es wenige, während die Liste der in die NS-Konzentrationslager Deportierten lang ist. Der Autor spannt den Bogen von den nach dem Verbot des ÖCV aufrechterhaltenen Kontakten im Untergrund bis zu jenen aus den Reihen des Verbandes, die im bewaffneten Widerstand aktiv waren. Den im KZ und den Kerkern der Nationalsozialisten ge-

töteten Blutzegen widmet Hartmann ein jeden einzelnen und sein Schicksal nennendes Memento.

**„GOLDENES ZEITALTER“
UND TIEFE ZÄSUR**

Katholische Couleurstudenten standen an der Wiege der Zweiten Republik und des demokratischen Parlamentarismus im Jahr 1945. Bei den ersten Nationalratswahlen vom 25. November 1945 erlangte die ÖVP die absolute

Mehrheit an Mandaten und bildete mit Bundeskanzler Leopold Figl (Nc et mult.) eine Allparteienregierung. Die führenden ÖVP-Funktionäre in Regierung und Parlament gehörten fast durchwegs dem ÖCV an. Mit dem von Julius Raab (Nc et mult.) und Leopold Figl ausverhandelten Staatsvertrag erreichte diese von CV-Mitgliedern entscheidend geprägte Nachkriegsperiode 1955 ihren Höhepunkt. Hartmann nennt sie ein „goldenes Zeitalter“, erlebten doch der ÖCV und seine Verbindungen einen – auch zahlenmäßig – großen Aufschwung. Doch wie schon in der Zwischenkriegszeit waren die in der Politik engagierten Farbenträger nicht immer eine völlig homogene politische Gruppe. Auch das macht die differenzierte Darstellung Hartmanns deutlich.

Das Jahr 1970 bedeutete für den CV eine tiefe Zäsur. In der Politik, zumindest im Bund, wurden erstmals seit 1945 die Protagonisten des CV von den Schalthebeln der Macht verdrängt. Mit dem Anstieg der Studierendenzahlen begann der Trend zur Massenuniversität, geistig geriet man gegenüber der linksliberalen Strömung der „68er“ in die Defensive, kirchlich stellten das Vatikanum sowie die Säkularisierung der Gesellschaft schein-

bare Gewissheiten in Frage. Selbstvergewisserung und Erneuerung taten Not, etwa mit der Gründung der Bildungsakademie. Im Gegensatz zu anderen katholischen Laienorganisationen konnte sich der ÖCV ganz gut behaupten, wenngleich das Wachstum an Verbindungen in keiner Weise mit der einsetzenden Bildungsexplosion Schritt hielt.

**ABSCHNITT FÜR ABSCHNITT
INTERESSANTE LEKTÜRE**

Der Autor ist sich dessen bewusst, dass er kein Buch vorlegt, das sich wie ein Bestseller in einem Schwung liest. Dementsprechend bietet er dem Leser zahlreiche Einstiegshilfen, um vielleicht mit jenen Abschnitten zu beginnen, die das größte Interesse hervorrufen. Dazu zählen das detaillierte Inhaltsverzeichnis am Ende des Buches genauso wie zahlreiche Zusammenfassungen und Register.

Lässt sich ein prägnantes Resümee aus der Lektüre ziehen? Katholische Couleurstudenten gestalteten ihren Prinzipien entsprechend seit dem späten 19. Jahrhundert Staat, Gesellschaft und Kirche mit. Dass es nur im Wissen um Herkunft eine auf den Prinzipien des Verbandes aufbauende Zukunft gibt, zeigt Gerhard Hartmann einmal mehr gekonnt auf.



Dr. Helmut Wohnout (Nc)

ist Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs und Dozent für Österreichische Geschichte an der Universität Graz.



WILHELM ORTMAYR

ES IST NICHT NUR EUER BIER

Darf ein FPÖ-Politiker, den Internetbetrüger im Vorjahr (in seinem Privatbereich) um 600.000 Euro erleichtert haben, Mitglied einer Landesregierung sein, noch dazu zuständig für Konsumentenschutz? Ist es politisch vertretbar, als ÖVP-Kanzler einen Unternehmer zum Glühweinumtrunk einzuladen, wenn der sechs Jahre später in wirtschaftliche Turbulenzen gerät?

„Nein, unter gar keinen Umständen“, sagt die vereinte Linke ganz entschieden. Was insofern nachvollziehbar ist, als in ihrer Denkart das Private immer auch politisch ist, beziehungsweise zu sein hat. (Ich hingegen finde, wir sollten uns vor anglo-amerikanischen Zuständen hüten, auch wenn Politiker jedweder Couleur, die Wasser predigend Wein trinken, verlogen sind und ein echtes Ärgernis darstellen.)

Einige grundsätzliche Fragen zu diesem Spannungsfeld sind in jüngster Zeit irgendwie offen geblieben. Beziehungsweise wurden sie von Mainstream & Twitterblase –

spürbar bemüht, ungewöhnlich schnell zur Tagesordnung überzugehen – kaum gestellt:

Ist es „Privatsache“ des Vereins SPÖ, monatelang ein Vorsitzende-Mobbing- und Vorsitzender-Kür-Theater aufzuführen, das dem ohnehin nur noch geringen Ansehen der Politik massiv schadet und vermutlich auch rechtlich auf sehr schwachen Beinen steht?

Müssen wir uns als Bürger dieses Landes Sorgen machen, wenn SPÖ-Wahlverantwortliche schon morgen in Parlamenten, Gewerkschaften, Kammern, Verbänden und Vereinen demokratische Entscheidungsprozesse leiten, obwohl sie augenscheinlich nicht fähig sind (oder sein wollen), eine mittlere Schulsprecherwahl ordnungsgemäß durchzuführen?

Ist es Privatsache einer Millionen Steuergeld kassierenden Partei, dass sie als Leiterin des Wahlprozesses eine Frau installiert, die (politisch wie privat) nahezu jeden Verdacht erfüllt, nicht unparteiisch zu sein?

Geht es die Öffentlichkeit nichts an, dass elf Politiker es als „Sprengelleiter“ nicht der Mühe wert finden, ein Ergebnis, das ihnen seltsam vorkommen muss, zu überprüfen? Nicht mitdenken, nicht nachfragen, nicht auf ein Vier-, Sechs-, oder 24-Augenprinzip pochen, wenn äußerst heikle Entscheidungsprozesse anstehen – sieht so die SPÖ-Lesart von „Transparenz“ und „Haltung“ aus.

Einem Mitarbeiter und seiner Excel-Liste blind zu vertrauen (und ihm danach die Schuld für das Desaster zuzuschreiben) anstatt selbst händisch elf zweistellige Zahlen zu addieren – ist es das, was sozialistische Bildungspolitik meint, wenn sie Wissen, Fleiß, Können, Genauigkeit und Verantwortung schlechtredet und sich stattdessen „Kompetenzen“ wünscht, allenfalls auch nur soziale?

Ist es das Sittenbild einer den Kanzleranspruch stellenden

Partei, dass ein Journalist (und wohl hunderte Zuseher an den TV-Geräten) sofort merken, dass bei der Auszählung etwas nicht stimmt, vor Ort aber niemand? Ist es Usus, dass daraufhin kein Sicherheitsbackup greift, sondern irgendjemand den „Haufen“ Stimmen in irgendein Plastiksackerl stopft, in die Löwelstraße fährt, selbigen dort irgendwo deponiert und zwei Tage später ein anderer „Irgendwer“ unaufgefordert beginnt, den Haufen nochmal auszuzählen, während die Wahlleiterin im Salzkammergut gemütlich frühstückt?

Ist diese Frau, die zunächst nicht den politischen Anstand hatte, trotz eindeutiger Befangenheit die Funktion der Wahlkommissionsleiterin abzulehnen und danach weder fähig (oder willens) war, diese Wahl korrekt abzuführen, als Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft weiter tragbar?

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdB)

ist Herausgeber und Chefredakteur der *Academia*.

REZENSIONEN

EINE POLITSATIRE - WOHLGENÄHRT AN REALEM Alexander Lesigang (Baj)

Wir schreiben den 7. Mai 2026. Der Chefredakteur eines deutschen Boulevardblatts ist nach Wien gekommen, um den seit zwei Wochen im Amt befindlichen Bundeskanzler Dr. Franz Bummerl zu interviewen. Im Zuge seiner Recherchen macht er auch mit der Leibspeise des österreichischen Regierungschefs Bekanntschaft und verkostet erstmals in seinem Leben ein Beuscherl. So beginnt die im Februar 2023 erschienene Politsatire von Reinhard Peter (R-B), in der es um einen gebürtigen Vorarlberger geht, der aus Versehen und wider Willen Bundeskanzler wird. Seiner Regierungszeit mangelt es

wahrlich nicht an Skurrilität, was die Brücke vom Roman zur Realität schlägt. In zahlreichen Details werden aufmerksame Beobachter der österreichischen Innenpolitik ein Déjà-vu nach dem anderen erleben. Denn speziell die Zeit der türkis-blauen Bundesregierung gab dem Autor die notwendigen Anregungen für diese literarische Karikatur. Ähnlichkeiten mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind dabei nicht zufällig und voll beabsichtigt.

Der Blick auf die Taten des ob seiner kulinarischen Vorlieben „Beuscherl“ genannten Kanzlers öffnet aber auch den Spiegel, der der österreichischen politischen Landschaft als Ganzes vorgehalten wird. Zwar verkörpert Dr. Bummerl einen (wohl eher seltenen) Politikertypus, der nicht gerne im Scheinwerferlicht steht, der aber einmal in dieser Position seinen Willen nicht nur energisch, sondern mitunter auch autoritär durchsetzt und dabei mit der Wahl seiner Mittel nicht zimperlich ist.

Reinhard Peter, Vorarlberger und Lateinlehrer in Ruhe, der selbst einige Jahre an der Politischen Akademie in Wien tätig war, liefert mit seinem

Erstlingswerk spannenden und heiteren Lesestoff nicht nur für Politikkenner, sondern auch für Freunde der lateinischen Sprache und des Couleurstudententums. Beide sind ebenfalls Teil der Persönlichkeiten Dr. Bummerl und Reinhard Peter.

Reinhard Peter:

Sie nannten ihn Beuscherl

ISBN 978-3-904123-71-6

Seifert Verlag, 2023

VON DER KRAFT EINER VISION Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)

Über die Bedeutung der Salzburger Festspiele, sowohl in künstlerischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht, ist bereits alles geschrieben worden und das von (fast) jedem. Möchte man meinen. Tatsächlich jedoch ist zum 100-Jahr-Jubiläum des Festivals ein Sammelband erschienen, der die Festspiele aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet und damit ihre wirtschaftliche, gesellschaftspolitische und den Standort belebende Bedeutung völlig neu darstellt.

Herausgegeben von Helmut Eymannsberger (BbW), der jahrzehntelang als Experte für Wirtschaftspolitik und

Standortthemen in der Wirtschaftskammer Salzburg tätig war, und Oskar Dohle, dem Direktor des Salzburger Landesarchivs, ist ein vielseitiges und auch zeitgeschichtlich äußerst informatives Buch entstanden. Die Beiträge basieren zum einen auf dem reichen Fundus an Salzburger Fachliteratur zur (vor allem in den Anfangsjahren sehr bewegten) Geschichte der Festspiele, zum anderen liefert die Wirtschaftskammer selbst faszinierendes Daten- und Faktenmaterial zur ökonomischen Bedeutung des Festivals.

Eymannsberger und seine Kollegen Bernd Gaubinger und Richard Schmidjell (Merc) haben ihre Befragungen und Analysen zu diesem Thema im Lauf von 40 Jahren immer wieder verfeinert und spezialisiert. Nun



liefern sie neues Material, das eindrucksvoll belegt: Es profitieren Stadt und Land, es profitieren viele (auch nicht primär kulturraffine oder touristische) Branchen, es profitiert der ganze Standort – und zwar das ganze Jahr über.

Dabei sind die Festspiele gar nicht mit dem Ziel gegründet worden, damit das große Geld zu verdienen – im Gegenteil. Die Wirtschaft musste erst überzeugt werden (maßgeblich von Landeshauptmann Franz Rehr, AW et mult.), dass es für sie Sinn macht, das Festival auf wirtschaftlich solide Beine zu stellen, indem man Investitionen mitträgt und alljährlich in den „Festspielfonds“ einzahlt.

Abgerundet wird der Band von Interviews, in denen maßgeblich Verantwortliche wie die ehemaligen Festspielpräsidenten Helga Rabl-Stadler und Heinrich Wiesmüller oder Kuratoriumsvorsitzen-der Wilfried Haslauer jun. (R-J, BbW, Rp) durchaus spannende politische und unternehmerische Hintergründe aus den Gremien der Festspiele beleuchten. Das Credo aller Verantwortlichen (egal welcher Partei angehörig) lautete dabei

immer: „An der Festspielidee darf nicht verdient werden – durch die Festspielidee muss verdient werden.“

Das Buch, das historisch, wirtschaftlich und kulturell Interessierte gleichermaßen faszinieren wird, kann bei der Wirtschaftskammer Salzburg unter der E-Mail-Adresse mdordevic@wks.at bestellt werden (solange der Vorrat reicht).

Helmut Eymannsberger,
Oskar Dohle (Hrsg.)

**Die Kraft einer Vision. 100 Jahre
Salzburger Festspiele: Motor für
Kultur und Wirtschaft**
ISBN 978-3-9519885-3-5

erschienen in:
Wissenschaftliche Schriftenreihe
der Wirtschaftskammer Salzburg,
Band 13, Schriftenreihe des Salz-
burger Landesarchivs, Nr. 32

**WASSER – DAS GLOBALE
PRIMÄRTHEMA**
Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)

Der Bedarf an Wasser, einem der Grundbedürfnisse des Lebens, wächst schneller als die Weltbevölkerung. Die Landwirtschaft und andere Industriezweige werden zu immer intensiveren Wassernutzern, der Klimawandel hat weltweit bereits immense Auswirkungen und der Wett-

bewerb zwischen den verschiedenen Nutzergruppen nimmt laufend zu. Gleichzeitig haben immer noch Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser und fachgerechter Abwasserentsorgung.

Zukunftsweisende Ansätze, wie man dem Problem beikommen kann, liefert das vorliegende Buch, das nun im Verlag von Rudolf Trauner (Kb, A-D) erschienen ist: In „Emergency Preparedness“ beschäftigen sich der ehemalige EU-Parlamentarier Paul Rübig (FRL, RSA) und Verbund-Vorstand Achim Kaspar als Herausgeber mit Lösungsvorschlägen von innovativen Denkern zu aktuellen Herausforderungen der Wasserversorgung rund um den Globus und mit dem



Thema des nachhaltigen Wassermanagements.

Die Beiträge des mehr als 250 Seiten umfassenden Buchs behandeln aktuelle Herausforderungen im Bereich der Wassernutzung und -versorgung. Dabei wird die Notwendigkeit für mehr Wassereffizienz und technologische Innovation in verschiedenen Bereichen betont. Die Herausgeber zeigen Best-Practice-Beispiele und bieten Lösungen für einige der drängendsten Probleme im Wassermanagement weltweit. Auch der Klimawandel und der steigende Wettbewerb um die Ressource Wasser werden intensiv thematisiert.

Das Buch „Emergency Preparedness“ – zu Deutsch „Notfallvorsorge“ – bietet in jedem Fall einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion über nachhaltiges Wassermanagement. Es ist sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache erhältlich.

Paul Rübig (FRL, RSA),
Achim Kaspar (Hg.):
Emergency Preparedness
**Nachhaltige #Lebensmittel #WAS-
SER #Energie Zukunft**
Trauner-Verlag
ISBN 978-3-99151-077-2

LESERBRIEFE

ACADEMIA 3/2023: „DER LINKSPOPULIST“

Ich danke Cbr. Ortmayr für seine größtenteils wohlge- wählten Worte, mit welchen er den Populismus der salz- burgischen KPÖ vorführt. Allerdings verfällt er hin- sichtlich der Wohnkosten in eine ähnliche Schnappat- mung, die sich in ÖVP-Kreis- en mittlerweile eingebür- gert zu haben scheint.

Ein Beispiel aus dem Leben: Nach der Geburt des dritten Kindes lebten wir 2011 um ca. 1000 Euro kalt in einer 77qm großen Wohnung (Richtwert). Die mehrjährige Suche nach einer leistbaren Wohnung mit den beiden Luxusattri- buten „zwei Kinderzimmer“ und „innerhalb des Gürtels“ führte uns 2017 schließlich auf 120qm (Richtwert), um damals – sehr billige! – unter 1.100 Euro kalt. Im Mai 2023 waren es 1.509 Euro. Immer noch kalt – immer noch sehr billig! Das würde beim Ge- halt eines akademischen VB des Bundes (v1/2) 50 Prozent des Nettogehalts nach zeh- njährigem Dienst entsprechen. Vor 40 Jahren hätte ein ent- sprechender Beamter locker mit drei Kindern und Haus-

frau in dieser Mietwohnung residieren können. Heute müssen... ähm, dürfen beide Eltern arbeiten.

Das Wohnungsthema ist in der Stadt tief im Mittelstand angekommen, auch bei den (aus ÖVP-Bundesländern!) nach Wien Zugezogenen. Mögliche Lösungsansätze dafür: Keine oder spät und nur wenige Kinder in die Welt setzen. Sich von popu- listischen Parteien die Seele streicheln lassen.

Ich werde mir die Welt nicht schlechtreden, meine Fami- lie lebt gut, und wir haben nichts zu beklagen. Als Ka- tholik werde ich nicht ge- fahrlaufen, linken oder rech- ten Stimmenfängern auf den Leim zu gehen. Trotzdem darf man sich wundern: Die ÖVP hat das Thema Wohnen verschlafen und fragt sich, warum sie sich in Städten derart schwertut? Da passt es gut ins Bild, dass im Leitarti- kel der *Academia* das Stich- wort „unleistbare Wohnkos- ten“ als reines KPÖ-Narrativ abgetan wird.

Mag. Andreas Tiwald (Alp)
1080 Wien

ACADEMIA 3/2023: „MUTIG IN AUTARKE ZEITEN“ UND „MEHRHEITLICH ANALPHABETEN“

Mit seinem Kommentar hat Cbr. Prof. Dr. Herbert Kas- par (Am) den Nagel auf den Kopf getroffen und mir aus der Seele gesprochen. Seine Aussage: „Da werden gut in- tegrierte, katholische (!) Inder, deren Arbeitskraft dringend gebraucht wird, abgeschoben“ bestätigt auch meine Wahrnehmungen zum Prob- lem der Integration. Es ist in der Tat so und das kann ich nur bestätigen, dass unser Land hervorragende Bedin- gungen für jene bietet, die sich ins Sozialnetz hängen, und sehr schlechte für die, die arbeiten wollen und kön- nen. Jedenfalls Dank an Cbr. Dr. Kaspar, dass er dies mit seinem Kommentar themati- siert hat.

In seinem Beitrag „Mutig in autarke Zeiten“ stellt Cbr. Ing. Mag. Gernbauer (Se) richtig fest, dass für die massive Umstellung auf Ökostrom unter anderem auch einige große Wasserkraftwerke ge- baut werden müssen. Und da stellt sich für mich die Frage, warum die Politik nicht be-

reit ist, das 1984 verhinderte Donaukraftwerk Hainburg zu errichten, das immer- hin mit 351 MW als größtes Elektrizitätswerk der Donau- Kraftwerkskette Strom lie- fern könnte. Liegt es an der Feigheit der Politik, da die Besetzung in der Hainburger Au zur Gründung der Grü- nen führte und damit einen Mythos darstellt?

Wenn die Politik nicht den Mut hat in Hainburg, ein umweltfreundliches Wasser- kraftwerk zu bauen, dann sollte sie doch Anleihe beim ehemaligen Wiener Bürger- meister Helmut Zilk nehmen. Als es beim Projekt Donau- kraftwerk Freudenau damals von grüner Seite Widerstän- de gab, da hat Zilk 1991 ganz einfach eine Volksbefragung durchführen lassen, wo sich die Wiener Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für das Kraftwerk Freudenau ausgesprochen hat.

Damit war Schluss der De- batte, es wurde mit dem Bau begonnen, das Kraftwerk Freudenau wurde 1998 in Be- trieb gestellt und weist eine Leistung von 172 MW Strom auf. Der Lösungsansatz wäre daher, auch für Hainburg

eine Volksbefragung durchzuführen; ich bin überzeugt, dass es gleichfalls zu einer überwältigenden Mehrheit kommen wird.

Dr. Franz Luger (NbW)
1190 Wien

Ich möchte mich bezüglich der Kritik an Herbert Kaspar (Am) auch äußern. Ich bin äußerst froh darüber, dass sich jemand mit den wichtigen Themen Propaganda, Cancel Culture und Migration auseinandersetzt und die immer größer werdenden Gefahren dieser in Österreich darstellt. Es ist meiner Meinung nach falsch, die Augen vor diesen Dingen zu verschließen oder sie kleinzureden. In den USA merkt man schon gewaltige Einflüsse der Cancel Culture, hier werden wissenschaftliche Fakten, besonders in der Biologie, sowie abweichende Meinungen von Universitätspersonal offen und stolz bekämpft. In Frankreich ist es für Großstädte normal geworden, No-Go-Bezirke zu haben, in denen ein eigenes Rechtssystem gilt. Diese Entwicklungen sind in Österreich leider schon weit fortgeschritten. Es ist daher umso wichtiger, darauf aufmerksam zu machen.

Alexander Kopp, BSc (Nc)
1180 Wien

Ich bin nicht immer mit den Kommentaren meines Cartellbruders Herbert Kaspar (Am) eines Sinnes. Aber sein Kommentar, wie Migration in Österreich schief läuft, trifft den

Nagel auf den Kopf. Leider lässt sich die ÖVP in ihrer Koalition von den Grünen zu sehr beeinflussen und ist daher nicht imstande, ihre ansich guten Vorsätze in die Tat umzusetzen. Dabei kommt, dass die EU mit ihrer seit Jahren schiefgelaufenen Asyl- und Migrationspolitik wenig hilfreich ist. Wenn man jetzt 5 vor 12 endlich versucht, das ganze Problem durch erste vernünftige Schritte einer möglichen Lösung zuzuführen, wurde schon viel zu viel Zeit liegengelassen. Man hat in Österreich sträflich versäumt, in den letzten Jahren gebildete und für die Wirtschaft brauchbare Arbeitskräfte anzuheuern. Statt dessen beherbergen wir seit 2015 viele Zehntausende teils illegal eingereiste, meist ungebildete Migranten, deren Identität und Aufenthaltsort darüberhinaus oft im Unklaren ist. Diese Migranten, denen zu einem Großteil gar kein Asylrecht zusteht und die in der Wirtschaft mangels eigener Grundausbildung und teils völligen Fehlens von Deutschkenntnissen keine Verwendung finden, können aufgrund unseres verlockenden Sozialsystems trotzdem ganz gut bei uns überleben. Denn laut Statistik sind etwa die Hälfte der 2015 Eingewanderten bis heute arbeitslos und belasten damit unser Sozialbudget ganz erheblich. Leider wird in der Bevölkerung immer wieder Asyl und Migration nicht auseinandgehalten. Denn wer wegen Krieg oder ethischer oder religiöser Gründe

um Asyl ansucht, dem soll dieses Recht ohne alle Umschweife selbstverständlich zugesprochen werden. Wenn aber, wie sich realiter zum Großteil herausstellt, Menschen aus rein wirtschaftlichen Gründen einreisen wollen, ist von vorneherein kein Asylanspruch gegeben. Sie könnten dann nach Überprüfung des Arbeitsmarktes und ihrer Verwendungsmöglichkeit als Gastarbeiter zeitlich begrenzt aufgenommen werden.

Hie und da verwundert es mich auch, wie aus diversen Leserbriefen eine etwaige Links- oder Rechtslastigkeit des ÖCV zur Sprache kommt. Ich bin der Ansicht, dass jedem Carteller das Recht zusteht, auch Missstände in der ÖVP in Leserbriefen offen zum Ausdruck zu bringen, ebenso fragliche Vorgänge des Koalitionspartners oder der Oppositionsparteien. Deswegen aber ins linke oder rechte Eck geschoben zu werden, halte ich nicht für den richtigen Weg. Aber ebenso wenig hat natürlich linkes Gedankengut etwa in Anlehnung der KPÖ-Erfolge in Salzburg und der Steiermark in unserem Cartellverband absolut nichts verloren.

Dr. Klaus Marchesani (Aln)
1130 Wien

ACADEMIA 2/2023: „PARTEINÄHE, FREUNDERLWIRTSCHAFT, EINFLUSSNAHME“

Die Kritik von Cbr. Herbert Kaspar (Am) an der versäumten Reform bei der Finanzierung des ORF kann ich gut nachvollziehen. Wie sich Medienministerin Raab hier vom ORF-Management „über den Tisch“ ziehen ließ, ist echt ein starkes Stück. Anstatt an den alten ÖVP-Wahlslogan „Mehr privat, weniger Staat“ zu denken – Reicht ihre politische Bildung nicht so weit zurück? – und den Verkauf zumindest eines ORF-Kanals zu fordern, soll das Finanzloch durch eine äußerst unpopuläre (außer bei Armin Wolf & Co.) Zwangsabgabe aller Haushalte geschlossen werden. War für die Medienkompetenz der Regierung das Auswahlkriterium „Hauptsache Frau, Kompetenz sekundär“, bei immer mehr Postenbesetzungen erkennbar, vielleicht ein Fehler? Der Herr Bundeskanzler könnte dies aber durch eine Umbesetzung im Medienministerium noch reparieren. Wenn mit den Grünen eine Teil-Privatisierung des ORF nicht machbar ist, muss halt ein anderer Koalitionspartner her. Nicht nur deswegen.

Dr. Erich Pitak (Merc)
1130 Wien

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

S. 19: Luegerdenkmal in Wien / Wienwiki / Admin1 / wikipedia.org / CC BY-SA 3.0

gemeinsam besser leben

